

Wohin steuert die chinesische Religionspolitik?

„Religion ist ein integraler Bestandteil der menschlichen Zivilisation.“ Diese Aussage, die in ihrer klaren Anerkennung der Existenz von Religion deutlich vom klassischen marxistischen Religionsverständnis abweicht, findet sich im Fazit des neuen chinesischen Weißbuchs zu „Chinas Politik und Praxis beim Schutz der Freiheit religiösen Glaubens“, das der Staatsrat am 3. April 2018 veröffentlichte. Welche Schlussfolgerungen die Führung Chinas aus dieser Erkenntnis zieht, fällt nach den Ereignissen der letzten Monate schwer zu sagen. Wohin steuert die chinesische Religionspolitik?

Im Folgenden werden einige der Geschehnisse und Entwicklungen seit Frühjahr 2018 auch unter diesem Aspekt betrachtet. Einzelheiten zu den erwähnten Ereignissen finden sich jeweils in den entsprechenden Einträgen der „Chronik“ dieser Nummer.

Strukturelle und grundsätzliche Fragen

Die Partei übernimmt vom Staat die Aufgabe der Verwaltung religiöser Angelegenheiten. Am 21. März, zwei Wochen vor der Veröffentlichung des Weißbuchs (siehe Dokumentation), gab das Zentralkomitee (ZK) der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) eine sehr weitreichende Reform der Partei- und Staatsorgane bekannt. Im Zuge dieser Umstrukturierung wurde eine Reihe wichtiger Regierungsorgane der Partei unterstellt. Eine der vielen Änderungen betrifft direkt die Religionspolitik: Das Staatliche Büro für religiöse Angelegenheiten wurde als eigenständige Institution aufgehoben und in die Abteilung für Einheitsfrontarbeit des ZK der KPCh eingegliedert, die entsprechenden Aufgaben wurden von der Einheitsfrontabteilung übernommen, wobei Letztere nach außen hin die Namensbezeichnung des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten, zusätzlich zu ihrem eigenen Namen, weiterführt (siehe die Verlautbarungen von ZK und Staatsrat in der Dokumentation). Die Organe des Staatsrats für ethnische Angelegenheiten und für Angelegenheiten der Überseechinesen wurden ebenfalls der Einheitsfrontabteilung unterstellt.

Ziel der Reform ist dem Plan des ZK zufolge eine „einheitliche Verwaltung“ und die „konzentrierte einheitliche Führung der Partei“ in der Religionsarbeit. In der Doppelstruktur von Partei- und Staatsorganen war das Staatliche Büro für religiöse Angelegenheiten (hier kurz BRA; chin. 国家宗教事务局, engl. State Administration for Religious Affairs, SARA) unter dem Staatsrat bisher für die konkre-

te Durchführung der Religionspolitik und die Beaufsichtigung der religiösen Organisationen zuständig. Seitens der Partei hat die Abteilung für Einheitsfrontarbeit des ZK (hier kurz EFA; chin. 中央委员会统一战线工作部, kurz 中央统战部) bislang die Aufgabe, sicherzustellen, dass die politischen Leitlinien der Partei befolgt werden und alle Sektoren der Gesellschaft, darunter die Religionen, sich der Partei gegenüber loyal verhalten. Wie Gerry Groot von der University of Adelaide schrieb, war die EFA in Wahrnehmung dieser Aufgabe ein Hauptakteur innerhalb des BRA, dennoch – so Groot – waren es verschiedene Organisationen mit teilweise unterschiedlichen, sich manchmal auch reibenden Interessen. Laut Groot hat Xi Jinping seit seiner Amtsübernahme als Parteichef die Einheitsfrontarbeit und die EFA mit Nachdruck gefördert, nicht zuletzt mit seinem Erscheinen auf der Nationalen Konferenz zur Einheitsfrontarbeit 2015. Beobachtern zufolge zeigt die Unterstellung der Religionsarbeit unter die Partei, wie wichtig diese das Thema für ihren Machterhalt ansieht.

Wang Zuo'an wurde am 1. April offiziell Vizeminister der EFA, er behält gleichzeitig sein bisheriges Amt als Direktor des (nunmehr in die EFA eingegliederten) BRA. Dies wird von Kommentatoren als Anzeichen für eine Kontinuität in der Religionspolitik gewertet.

Auch wenn wahrscheinlich noch weiteres Personal und möglicherweise auch Strukturen vom BRA in die EFA übernommen werden sollten – es ändert nach meinem Verständnis der Zusammenhänge nichts daran, dass die offiziellen religiösen Dachverbände der Religionen, die alle in ihren Statuten das BRA als ihre „für die Geschäfte zuständige Einheit“ festgeschrieben haben, in Konsequenz dieser Umstrukturierung nun offenbar (obwohl dies nicht explizit gesagt wurde) nicht mehr vom Staat, sondern direkt von der Partei kontrolliert werden, was recht(sstaat)lich wie ideologisch gesehen ein grundsätzlicher Unterschied ist. Es tun sich viele Fragen auf. So sieht beispielsweise § 61 der „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ vor, dass „staatliche Mitarbeiter“ für Amtsmissbrauch bei der Verwaltung religiöser Angelegenheiten bestraft werden – was ist mit Mitarbeitern einer Parteibehörde wie der EFA? Müssen die „Vorschriften“ am Ende ganz umgeschrieben werden, weil darin stets nur von den Aufgaben der Regierungsbehörden für religiöse Angelegenheiten und nie von Parteiorganen die Rede ist? Und sollen künftig die staatlichen Rechtsnormen mit Religionsbezug von einem Parteiorgan unter dessen Zweitnamen formuliert werden – wie bereits geschehen im Mai, als das BRA einen Entwurf für die „Maßnahmen für die Verwaltung kollektiver religiöser Aktivitäten von Ausländern auf dem Territorium der Volksrepublik China“ veröffentlichte? Oder sind das alles nur Fragen von

(um eine Formulierung Groots etwas umzufunktionieren) „Westlern, die an die Realität des Parteistaats nicht gewöhnt sind“?

Praxisphänomene und die Rolle des Gesetzes

Die Schließung von Grauzonen durch strengere Anwendung von Gesetzen und Rechtsnormen. Die noch vom „alten“ BRA erarbeitete revidierte Fassung der „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ trat am 1. Februar 2018 in Kraft. Ein wichtiges Ziel der Revision scheint zu sein, den Behörden durch explizite Verbote und Strafen noch konkretere Handhabe zu bieten, um den bisher oft tolerierten halblegalen Grenzbereich, in dem sich ein Großteil des religiösen Lebens abspielt(e), auszutrocknen.

Seit Februar mehren sich Beispiele dafür, dass man nun offenbar Vorschriften, zumindest in manchen Regionen und gegenüber bestimmten Religionen, konsequenter durchsetzen will. Beispielsweise schlossen die Behörden Anfang April einen Graubereich bezüglich des Verkaufs von Bibeln, die in China als „internes Material“ nicht in normalen Buchläden verkauft werden dürfen, indem sie den Bibelverkauf über Online-Shops wie Taobao oder Amazon.cn stoppten.

Nicht registrierte religiöse Stätten wurden Berichten zufolge häufiger geschlossen oder zur Registrierung gedrängt (z.B. in Henan, s.u.). Flexiblere Möglichkeiten für die Beantragung legaler Gottesdienstorte schaffen im Prinzip die am 1. Juni 2018 veröffentlichten „Maßnahmen für die Genehmigung und Verwaltung provisorischer Orte für religiöse Aktivitäten“ (siehe *Dokumentation*), wobei allerdings auch diese provisorischen Orte unter die Aufsicht der offiziellen religiösen Organisationen gestellt werden müssen. Es gibt noch keine Erfahrungsberichte über die Anwendung dieser neuen Rechtsnorm.

Verbot der Gottesdienstteilnahme Minderjähriger und andere Repressionen gegen Christen in Henan. Aus Henan häufen sich Berichte, dass die Behörden gegen nicht registrierte Gemeinden vorgehen, Kreuze demontieren u.v.a.m. Betroffen sind protestantische wie katholische Gemeinden und auch die offiziellen Kirchen.

Besondere Besorgnis erregten aber Meldungen aus Henan, dass Behörden zunehmend die Teilnahme von Kindern an christlichen Gottesdiensten und am Religionsunterricht verbieten, dass Sicherheitspersonal jeden Sonntag vor den Türen verschiedener christlicher Kirchen stehe, um Minderjährigen den Zutritt zu verwehren, und dass auch einige Schulen in die Propagierung dieses Verbots einbezogen wurden. Ein Beleg dafür, dass nicht einzelne örtliche Behörden, sondern die Provinzregierung hinter dieser Kampagne steht, lieferte eine Bekanntmachung der Katholischen patriotischen Vereinigung und der Katholischen Kommission für kirchliche Angelegenheiten der Provinz Henan vom 8. April 2018. Darin geben die beiden offiziell-

len katholischen Gremien unter Verweis auf eine Forderung der Provinzregierung bekannt, dass in der ganzen Provinz jegliche Form von Religionsunterricht für Minderjährige verboten sei und Gläubige ihre Kinder nicht zur heiligen Messe mitnehmen dürften, andernfalls werde die betreffende Stätte geschlossen (siehe *Dokumentation*).

Bereits im Vorjahr bzw. in den letzten Monaten gab es schon einzelne Berichte über das Verbot von Kirchbesuch und Ferienlager für christliche, aber auch muslimische Minderjährige an verschiedenen Orten in- und außerhalb Henans, nicht aber in einem solchen Ausmaß. Nur im Autonomen Gebiet Xinjiang der Uiguren gibt es seit Jahren ein flächendeckendes Verbot des Besuchs religiöser Stätten (Moscheen) für Minderjährige.

Das Verbot der Gottesdienstteilnahme und der Teilnahme am Religionsunterricht für Minderjährige ist durch kein bekanntes Gesetz gedeckt – die Freiheit des religiösen Glaubens in der Verfassung gilt ohne Altersbeschränkung. Begründet wurden die jüngsten Verbote von Politikern und in Bekanntmachungen mit dem Verfassungsprinzip der Trennung von Erziehung und Religion. Dieses Prinzip wurde bisher aber in der Regel so verstanden, dass Schulen und Universitäten frei von religiösem Einfluss sein müssen, nicht als Verbot für das Praktizieren einer Religion durch Kinder.

Zur Begründung für den plötzlichen Druck, der Anfang Februar 2018 einsetzte und sich (zumindest nach katholischen Meldungen) im April noch deutlich verstärkte, verwiesen Berichte darauf, dass Henan die Provinz Chinas mit den meisten protestantischen Christen sei und dass die Hauskirchen dort schnell wachsen; auch katholischerseits gehört laut *AsiaNews* die Kirche dort überwiegend dem Untergrund an. Nach Angaben von der katholischen Nachrichtenagentur *UCAN* gab es 2009 in Henan 2,4 Mio. Christen, darunter 300.000 Katholiken. Während Quellen von *UCAN* das scharfe Vorgehen gegen die Christen der Provinz auf den seit Mitte März 2018 amtierenden neuen Parteisekretär Henans, Wang Guosheng, zurückführten, wurde es nach Ansicht von Ying Fuk-tsang von der School of Divinity der Chinese University of Hong Kong seit zwei Jahren vorbereitet, wie er ebenfalls gegenüber *UCAN* äußerte. Michel Chambon schrieb in *UCAN*, die Vorfälle in Henan, ähnlich wie die Kreuzabrisse in Zhejiang 2014–2016, spiegelten die Taktik „das Huhn töten, um den Affen zu erschrecken“ wider – seien also ein Versuch, die Christen im Land einzuschüchtern. Auch als lokaler Test für eine künftig ausgedehntere Anwendung wurden sie interpretiert. Ying zufolge sieht sich die Partei im „Kampf um die nächste Generation“.

Maßnahmen zur „Sinisierung“ – vom Fünfjahresplan bis zur „Vier-Hinein“-Moschee. Alle Religionen, sogar der einheimische Daoismus, sind unter der aktuellen Religionspolitik zu der von Xi Jinping erstmals in seiner Rede auf der Nationalen Konferenz zur Einheitsfrontarbeit 2015

geforderten „Ausrichtung auf Sinisierung“ aufgerufen. Insbesondere gilt die Forderung aber dem Christentum und dem Islam – im Folgenden einige Beispiele aus den letzten Monaten.

Ein „Fünfjahresarbeitsplan für die Sinisierung des Protestantismus“, der u.a. eine Sinisierung der Exegese durch die Kompilierung eines neuen Bibelkommentars vorsieht, wurde Ende März 2018 von der Protestantischen Drei-Selbst-Bewegung und dem Chinesischen Christenrat veröffentlicht. Ein ähnlicher Plan unbekanntem Inhalts wurde Mitte Mai von den offiziellen katholischen Leitungsgremien verabschiedet.

Im Autonomen Gebiet Ningxia, wo rund ein Drittel der Bevölkerung der chinesischsprachigen muslimischen Hui-Nationalität angehört, gehen die Behörden seit einigen Monaten gegen arabisch-muslimische Architekturelemente vor. Nach einem Bericht der *South China Morning Post* von Mitte Mai werden zwiebelartige Kuppeln und anderer Dekor von Marktgebäuden, Hotels und Parks entfernt; Moscheeneubauten im „arabischen“ Stil seien lokalen Quellen zufolge künftig nicht mehr erlaubt. Sie sollen in Zukunft wieder im traditionellen Stil chinesischer Tempel errichtet werden.

Zu einer landesweiten Aktion der „Vier-Hinein“-Moscheen rief am 18. Mai 2018 die Chinesische islamische Vereinigung auf. Dem Aufruf zufolge sollen 1. die Nationalflagge; 2. die Verfassung, Gesetze und Rechtsnormen; 3. die sozialistischen Kernwerte; 4. die vorzügliche traditionelle Kultur Chinas in jede Moschee Eingang finden. Wang Zuo’an bezeichnete die „Vier Hinein“-Moscheen als konkreten Beitrag zur Sinisierung des Islam. Die Eröffnung der Aktion wurde auch aus Gansu, Qinghai, Ningxia und Xinjiang gemeldet; im Lauf des Juni weitete sich die Kampagne auf andere Landesteile und Religionen aus (wobei unbekannt ist, wie viele religiöse Stätten sich tatsächlich beteiligten). Zentrales Element der Zeremonien war jeweils das feierliche Hissen der Nationalflagge, die künftig an allen Moscheen und wahrscheinlich auch an allen anderen religiösen Gebäuden wehen soll – jedenfalls erließ auch die Chinesische daoistische Vereinigung am 11. Juni einen Appell zum Hissen der Nationalflagge an allen daoistischen Stätten des Landes.

Die hier in Auswahl vorgestellten Ereignisse aus der religionspolitischen Praxis der letzten Zeit weisen in Richtung einer stärkeren Reglementierung der Religionen, besonders des Islams und des Christentums. Der Umgang mit dem Gesetz scheint mir dabei in zwei diametral entgegengesetzte Richtungen zu laufen: Während einerseits, nach dem Prinzip Herrschaft durch das Gesetz, bestehende Gesetze und Rechtsnormen verschärft formuliert und angewendet werden, gibt es andererseits kampagnenartige behördliche Vorgehensweisen ohne jede rechtliche Grundlage oder sogar entgegen geltendem Recht, wie das Verbot von Religionsunterricht und Kirchbesuch für Minderjährige. Erfüllt

sich hier bereits die von Thomas Mervyn (Christian Solidarity Worldwide) im März d.J. geäußerte Prognose, dass die direkte Kontrolle der Partei über die religiösen Angelegenheiten „zu einer Situation führen könnte, in der die Parteiführung möglicherweise Gesetze und Vorschriften umgeht“? Ein direkter Zusammenhang ist insofern unwahrscheinlich, weil viele Entwicklungen schon vor dem Umbau der Partei- und Staatsorgane begonnen haben. Es wird vielleicht in den nächsten Monaten deutlicher werden, welche Folgen dieser Umbau für die Religionspolitik und ihre Praxis mit sich bringt.

... und der sino-vatikanische Dialog. Die neuesten Entwicklungen in Chinas Religionspolitik wurden sicher auch im Vatikan wahrgenommen, der am Gründonnerstag durch seinen Sprecher Gerüchte dementierte, dass ein Abkommen mit China unmittelbar bevorstehe. *Reuters* berichtete am 15. Juni 2018 unter Berufung auf „vatikanische und diplomatische Quellen“, dass der Vatikan bei einem erneuten Treffen beider Delegationen im Juni in Rom auch seine Sorge über die Verschärfung der Einschränkungen der religiösen Praxis, insbesondere hinsichtlich des Verbots des Zutritts zu Kirchen für Minderjährige, geäußert habe. Dies ist das erste Mal, dass der Vatikan durchsickern ließ, dass er in internen Gesprächen mit Beijing Probleme der Religionsfreiheit in China angesprochen habe. Die jüngsten Veränderungen in der chinesischen Religionspolitik, insbesondere die Verlagerung der Zuständigkeiten für religiöse Angelegenheiten, dürften die Verhandlungen aus Sicht des Heiligen Stuhls nicht einfacher machen. Seine Vertreter sprechen bisher von einem Dialog mit der chinesischen Regierung, nun aber sieht es so aus, als unterstehe die offizielle chinesische Bischofskonferenz direkt einem Organ der Kommunistischen Partei. Die Gespräche werden aber fortgesetzt. Papst Franziskus sagte dazu nach der letzten sino-vatikanischen Gesprächsrunde im Juni in einem Interview mit *Reuters*: „Dialog ist ein Risiko, aber ich ziehe dieses Risiko der sicheren Niederlage des Nicht-Miteinander-Redens vor.“

Katharina Wenzel-Teuber

Quellen (2018): Gerry Groot, „The Rise and Rise of the United Front Work Department under Xi“, *ChinaBrief* (Jamestown Foundation) Bd. 18, Nr. 7, 24.04.; *AsiaNews* 20.04.; *csw.org.uk* 22.03.; *Reuters* 15.,20.06.; *South China Morning Post* 14.05.; *UCAN* 20.04.; 10.,24.05.

Für Details zu den genannten Ereignissen mit Angaben zu den Quellen siehe die „Chronik“ in dieser Ausgabe: Rubrik „Politik“, Eintrag 21. März 2018; Rubrik „Religionspolitik“, Einträge 21. März 2018, 1. April 2018, 3. April 2018, 4. April 2018, 7. Mai 2018, 1. Juni 2018, 8., 12. und 30. Juni 2018; Rubrik „Daoismus“, Eintrag 11. Juni 2018; Rubrik „Islam“, Einträge Frühjahr 2018, 18. Mai 2018; Rubrik „Christentum allgemein“, Einträge April 2018, 4. April 2018; Rubrik „Protestantismus“, Einträge Ende März bis Anfang Juni 2018, 27./28. März 2018; Rubrik „Katholische Kirche“, Einträge Ab 1. April 2018, 8. April 2018, 20. April 2018, 16./17. Mai 2018; Rubrik „Sino-vatikanische Beziehungen“, Einträge 29. März 2018, ca. 1. Junihälfte 2018, 20. Juni 2018; sowie die Dokumentation in dieser Nummer.

Aberglaube oder Kulturerbe? Diskussion um ein daoistisches Ritual bei der Grundsteinlegung für ein Nuklearprojekt in Gansu

Ein daoistisches Ritual bei der Grundsteinlegung für den Bau eines Thorium-Versuchsreaktors am 26. April 2018 im Kreis Minqin, Stadt Wuwei, in der Provinz Gansu löste eine Debatte in chinesischen Medien und Netzwerken aus. Der Vorfall wurde bekannt, nachdem ein Arbeiter Aufnahmen von dem Ritual ins Netz hochgeladen hatte. Sie zeigen einen Mann im Gewand eines *daoshi* (daoistischen Priesters), der die Zeremonie durchführt, während eine Gruppe von Männern einen Widder zur Opferung vorbereitet. Der *daoshi* sei von der beauftragten lokalen Baufirma eingeladen worden, hieß es in den Berichten von *Xinhua* u.a. chinesischen Medien. Das besagte Nuklearprojekt mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 22 Mrd. Yuan wird *ThePaper.cn* zufolge in Kooperation zwischen der Chinesischen Akademie der Wissenschaften (CAS) und der Provinz Gansu durchgeführt. Am 30. April entschuldigte sich die CAS auf ihrem Weibo-Mikroblog dafür, dass sie ihren Vertragspartner nicht davon abgehalten habe, „vom Geist der Wissenschaft abzuweichen“; zwei vor Ort tätige Angestellte des Instituts für angewandte Physik der CAS in Shanghai wurden suspendiert. Laut einer *Xinhua*-Meldung, die das Ritual als „groteske Szene“ bezeichnete, wurde ein Untersuchungsverfahren gegen sieben Beamte eingeleitet, die bei dem Ritual anwesend waren; Parteikomitee und Regierung von Minqin erklärten, solchen Vorfällen entschlossen ein Ende setzen zu wollen.

Es handle sich um einen „Sturm im Wasserglas“, denn solche lokalen Rituale für das „Bewegen der Erde“ würden überall in China durchgeführt, schrieb der Daoismusforscher Stephen Jones auf seinem Blog. Seiner Meinung nach bestand das Problem in diesem Fall lediglich darin, dass die Partei nicht als Förderer von „Aberglauben“ habe dastehen wollen. Bemerkenswert an dem Vorfall sind Jones zufolge aber die Stimmen in den chinesischen Medien und Netzwerken, die sich gegen die offizielle Verurteilung des Vorfalls wandten.

Zu diesen gehört Tao Jin, ein dem Daoismus anhängender Architekt, der sich mit dem Bau moderner daoistischer Tempel hervorgetan und auch mit westlichen Sinologen wie Vincent Goossaert zusammengearbeitet hat. Sein Kommentar zu den Vorfällen am 3. Mai 2018 in *ThePaper.cn*, einem noch relativ jungen chinesischsprachigen Nachrichtenportal der staatlichen Shanghai United Media Group, enthält folgende interessante Argumente.

Tao Jin macht geltend, dass die Erdgott-Verehrung und Opfer an den Erdgott eine der Wurzeln und Lebensadern der chinesischen Kultur und ein Ausdruck des Respekts vor der Natur seien und keinesfalls Aberglaube. Generalsekretär Xi Jinping habe auf dem 19. Parteitag der KP Chinas erklärt, dass Mensch und Natur eine Schicksalsgemeinschaft seien und die Menschheit die Natur respektieren müsse,

so Tao Jin. Als in der Baubranche Tätiger wisse er, dass zu Beginn fast jedes Bauprojekts in China eine „Grundsteinlegung“ stattfinde. Auf jeder Baustelle kursierten Geschichten von Unfällen, die sich ereignet hätten, weil kein Grundsteinlegungsritual zur Beschwichtigung des Erdgotts durchgeführt worden sei. Moderne Bauvorhaben brächten große Umweltzerstörungen mit sich, dies beunruhige die Arbeiter. Der Vorfall in Minqin sei also keine „abergläubische“ Aktivität, sondern vielmehr eine psychologisch stabilisierende teambildende Maßnahme der Betriebsleitung, die die Arbeiter mit der Natur versöhne, argumentiert Tao.

Tao Jin ging auch darauf ein, dass Medien [so etwa *Xinhua*] berichtet hatten, der eingeladene *daoshi* sei in Wirklichkeit ein „örtlicher Bauer“ gewesen. Dies bezeichnete Tao als Respektlosigkeit gegenüber den *daoshi* der jahrtausendealten Tradition des Zhengyi- oder Himmelsmeister-Daoismus. Seit der Östlichen Han-Dynastie [25–220 n.Chr.] könne jemand gleichzeitig den Status eines Bauern und eines *daoshi* haben. Diese Ritualspezialisten, die einen Haushalt führen und unter der normalen Bevölkerung leben, seien eine Besonderheit des einheimischen Daoismus, die ihn von den aus dem Ausland gekommenen Religionen unterscheide. Behördlich werden sie auch als „verstreut lebende *daoshi*“ bezeichnet. Tao beklagt, dass sie große Existenzprobleme hätten. Sie würden anders behandelt als die in Klöstern lebenden *daoshi* des Quanzhen-Daoismus, oft werde ihr Status nicht anerkannt und ihnen auch noch das Etikett von Betreibern feudalistischen Aberglaubens aufgedrückt. Zwar habe die Chinesische daoistische Vereinigung vor zehn Jahren „Maßnahmen zur vorläufigen Durchführung für die Verwaltung verstreut lebender *daoshi* des Zhengyi-Daoismus“ (关于道教散居正一派道士管理暂行办法) festgelegt und damit deren Status als legale religiöse Amtsträger anerkannt, doch es gebe bis heute keinen alle einschließenden Plan. Das mangelhafte System führe dazu, dass die *daoshi* in vielen Regionen keinen Raum für eine legale Existenz finden könnten, schrieb Tao. So gehe wertvolles lokales Kulturerbe verloren.

Zhu Yiwen sprach in einem Kommentar in *Sixth Tone*, der englischsprachigen Schwesterpublikation von *ThePaper.cn*, angesichts des Vorfalls von einer Debatte zwischen den „Religions-Revivalisten des Landes“ und den „Fortschrittsgläubigen“. Zhu ist Daoismusforscherin am der Shanghaier Religionsbehörde unterstehenden Shanghai Center for the Studies of Religion and Culture. Wie Tao Jin beklagte sie die Ignoranz und Respektlosigkeit vieler ihrer Landsleute gegenüber dem Daoismus. „Doch ich fürchte auch“, schrieb sie, „dass daoistische Konservative – wie die, die die religiösen Vereinigungen des Landes leiten – es satt bekommen werden, auf öffentlichen Verdacht mit Offenheit und Wärme zu reagieren, und stattdessen versuchen werden, den Daoismus von einem rein nationalistischen Standpunkt aus zu verteidigen. Als Chinas einzige einheimische Religion ist der Daoismus fruchtbarer Boden, um von hyperpatriotischen Revivalisten der traditionellen chinesischen

Kultur für sich reklamiert zu werden. Es ist wichtig, dass die Daoisten besonnen bleiben und sich radikalen und exkludierenden politischen Haltungen widersetzen.“

Eine ähnliche Diskussion hatte es im September 2017 gegeben, nachdem in Zhengzhou (Provinz Henan) kurz vor einem Fußballspiel in der Super League, der höchsten chinesischen Fußball-Spielklasse, 15 daoistische Priester auf dem Spielfeld zugunsten der gastgebenden Mannschaft eine daoistische Zeremonie abgehalten hatten. Der Chinesische Fußballverband kritisierte die Nutzung des Fußballfeldes für religiöse Aktivitäten, woraufhin sich der Fußballclub in einer Pressemitteilung gegen „abergläubische Aktivitäten“ auf dem Feld aussprach (siehe *China heute* 2017, Nr. 3, S. 153-154).

Vorfälle wie diese zeigen, dass die chinesische Politik, auch wenn sie einheimische religiöse Traditionen wie den Daoismus fördern und sich dienstbar machen möchte, doch zurückschreckt vor deren allzu offensichtlicher Präsenz, insbesondere in Verbindung mit staatlichen Organen wie der CAS.

Katharina Wenzel-Teuber

Quellen (2018): Kommentar Stephen Jones: <https://stephenjones.blog/2018/05/03/daoist-debate/> (3.05.); Kommentar Tao Jin: www.thepaper.cn/newsDetail_forward_2108391 thepaper.cn (3.05.); Kommentar Zhu Yiwen: www.sixthtone.com/news/1002327/weve-got-to-stop-calling-taoism-a-superstition (23.05.); german.china.org.cn 2.05.; opinion.people.com.cn 2.05.; scmp.com 1.05.; sixthtone.com 2.05.; thepaper.cn 29.04.; *Xinhua* 29.04.

Neue Studie bestätigt das dramatische Ausmaß des Umerziehungssystems in Xinjiang

Seit den Unruhen in Urumqi im Jahr 2009 und nachdem in den Jahren 2013 und 2014 aus dem Autonomen Gebiet Xinjiang eine Reihe von Angriffen auf Polizeistationen, ein Han-chinesisches Arbeiterwohnheim oder Märkte mit vielen Todesopfern gemeldet wurde, verfolgt Beijing in Xinjiang eine Politik des extrem harten Durchgreifens, mit der es laut *AsiaNews* auch möglichen radikalen Einfluss aus dem benachbarten Afghanistan und Pakistan blockieren will. Am 13. März 2018 erklärte der Gouverneur von Xinjiang, Shohrat Zakir, laut *Xinhua*, es habe 2017 in Xinjiang keine „großen gewaltsamen Terrorverbrechen“ gegeben.

Im Zuge der Maßnahmen zur „De-Extremisierung“ sollen nach Berichten von *Radio Free Asia* (RFA), Human Rights Watch u.a. in Xinjiang seit April 2017 massenhaft Uiguren und Kasachen, die „starke religiöse Überzeugungen“ oder „politisch inkorrekte“ Ansichten zeigen, ohne Gerichtsverfahren in Zentren für „Umerziehung“ (*jiaoyu zhuanhua* 教育转化) eingewiesen worden sein (vgl. *China heute* 2017, Nr. 3, S. 154). Die Berichte beriefen sich auf einzelne Augenzeugen; unabhängige Beobachter haben kaum eine Möglichkeit, sich vor Ort ein Bild von der Lage in Xinjiang zu machen.

Im Mai 2018 belegte Adrian Zenz, Experte für chinesische Minderheitenpolitik in Tibet und Xinjiang und Dozent an der European School for Theology and Culture (Akademie.Welt.Mission) in Korntal bei Stuttgart, das große Ausmaß der Umerziehungslager in Xinjiang durch eine Studie. Darin wertete er zugängliche öffentliche Quellen aus, insbesondere 73 Online-Projektausschreibungen von Regierungen verschiedener Ebenen in Xinjiang für den Bau oder die Ausstattung von „Fortbildungszentren für Transformation durch Erziehung“ oder ähnlich genannte Fazilitäten aus der Zeit zwischen April 2016 und Mai 2018. Zenz listet diese auf, mit Angabe von Datum und Projektort, detaillierten Beschreibungen der geplanten Vorhaben (Gebäude, Sanitäranlagen, Überwachungssysteme, Mauern, Zäune etc.), Kostenschätzung und Angabe der Website, auf der Zenz die Ausschreibung fand. Anhand dieser und anderer Daten, wie Stellenausschreibungen, kommt Zenz zu dem Schluss, dass man – wie er es im Interview mit der *Deutschen Welle* formulierte – konservativ geschätzt von rund 200.000 in Xinjiangs Umerziehungslagern Einsitzenden ausgehen könne, dies sei eine nicht beweisbarer, aber angesichts des Datenmaterials belastbarer unterer Wert; es könnten auch knapp über 1 Mio. sein. Die Länge der Lageraufenthalte beträgt laut Zenz derzeit zwischen 3 Monaten und einem Jahr oder länger.

Am 14. Juni 2018 berichtete RFA unter Berufung auf örtliche Quellen, die Kreisregierung von Qaraqash in Süd-Xinjiang solle den lokalen Behörden Ende 2017 vorgegeben haben, dass eine Quote von 40% der lokalen Bevölkerung einer Umerziehung unterzogen werden müsse; ein Polizeibeamter in der Großgemeinde Chinibagh im Kreis Qaraqash sagte RFA, dass sich gegenwärtig 40% der Bevölkerung seines Dorfes – fast alle Männer der 1.700 Haushalte – in Umerziehungslagern befänden. RFA erfuhr ferner, dass 26 meist ältere Personen im gleichen Kreis seit Beginn der Inhaftierungen 2017 im Lager gestorben seien; die Lager seien völlig überfüllt.

Die dramatische Zunahme der Umerziehungsmaßnahmen in Xinjiang wird allgemein auf Chen Quanguo zurückgeführt, der im August 2016 Parteisekretär von Xinjiang wurde. Unter seiner Führung wurden am 29. März 2017 „Vorschriften zur De-Extremisierung des Autonomen Gebiets Xinjiang“ erlassen, in denen Umerziehung zur Bekämpfung von (religiös) „extremistischem“ Verhalten vorgesehen ist (vgl. *China heute* 2017, Nr. 1, S. 13). Zenz sagte über Chen Quanguo zur *Deutschen Welle*, er sei ein Hardliner, der 2011–2016 als Parteichef in Tibet ein Polizeistaat eingerichtet habe und dann in Xinjiang „sofort radikal ganz ähnliche und noch dramatischere Maßnahmen durchgezogen“ habe. Das Umerziehungssystem gebe es zwar auch in tibetischen Regionen, „aber das ist überhaupt kein Vergleich im Ausmaß“.

Katharina Wenzel-Teuber

Quellen (2018): Adrian Zenz, Studie vom Mai 2018: www.academia.edu/36638456/_Thoroughly_Reforming_them_Toward_a_Healthy_Heart_Attitude_-_Chinas_Political_Re-Education_Campaign_in_Xinjiang; AP 18.05.; AP nach *South China Morning Post* 17.05.; *AsiaNews* 13.04.; *Deutsche Welle* 20.06., <https://p.dw.com/p/2zucA>; *Reuters* 18.04.; rfa.org 14., 27.06.; *South China Morning Post* 2.04.; *Washington Post* 16.05.; *Xinhua* 13.03. Zur allgemeinen Situation vgl. auch Björn Alpermann, „Tibeter und Uiguren in China: Minderheitenpolitik und Widerstand“, in: *China heute* 2016, Nr. 2, S. 87-97.

Kardinal Zen erhält Stephanus-Preis für verfolgte Christen

Am 7. April 2018 erhielt Kardinal Joseph Zen Ze-kium, emeritierter Bischof von Hongkong, im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn den „Stephanus-Preis für verfolgte Christen“ verliehen. Die Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen mit Sitz in Frankfurt übergab den Preis „für seinen Einsatz zugunsten der bedrängten Kirche in China, für Demokratie und Menschenrechte“.

Die Vorstandsvorsitzende der Stiftung und gleichzeitig Referentin der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), Michaela Koller, überreichte den mit 1.000 Euro dotierten Preis. Kardinal Zen spielte die Rolle „eines besonderen Übersetzers und damit Vermittlers, eines Dolmetschers der klaren und wahren Worte“, so Michaela Koller. „Diese Rolle erkannt, sie trotz aller Widernisse angenommen zu haben und mit aller Konsequenz auszufüllen, um sich leidenschaftlich für die Freiheit und die Würde des Menschen einzusetzen, das ist sein Verdienst und das ist der Grund, warum wir uns hier heute zur Ehrung versammelt haben.“ Sie erinnerte u.a. daran, dass Kardinal Zen 2011 in den Hungerstreik eintrat, „nachdem der lange Arm Pekings in die Schulverwaltungen eingedrungen war. Das war eine Aktion, die mich persönlich sehr bewegte. Ich wünsche allen meinen Glaubensgeschwistern solche Hirten der Tat.“



Verleihung des Stephanus-Preises für verfolgte Christen am 7. April 2018 in Bonn. Von links nach rechts: Emmanuel Ogbunwezeh, stellvertretender Vorsitzender der Stephanus-Stiftung, Michaela Koller, Vorsitzende der Stiftung, Kardinal Joseph Zen sowie Bischof Thomas Schirmacher, Präsident des Internationalen Rates der IGFM. Foto: Martin Warnecke.

Bischof Thomas Schirmacher, Präsident des Internationalen Rates der IGFM und stellvertretender Generalsekretär der Weltweiten Evangelischen Allianz, sagte in seiner Laudatio: „Ist das alles, wofür Kardinal Zen steht – ein hochrangiger Christ, der sich für Christen einsetzt? Nein, da ist noch viel mehr. Kardinal Zen war erstens eine deutliche Stimme gegen die Diskriminierung von Christen, zweitens ein Verteidiger der Religionsfreiheit für alle Religionen und Weltanschauungen und drittens ein Symbol für Menschenrechte im Allgemeinen, weit über rein religiöse Probleme hinaus.“ Er habe niemals zur Revolution aufgerufen, nie die Existenz des Staates oder die Notwendigkeit von Gesetz und Ordnung hinterfragt. „Ihr ganz und gar friedliches und respektvolles, aber mutiges und riskantes Handeln im Einsatz für diejenigen, die bedrängt und verfolgt werden, macht Sie mehr als würdig, den Stephanus-Preis zu empfangen, der nach dem ersten christlichen Märtyrer benannt ist. Sie lehren uns alle, dass der christliche Glaube kein Streben nach Geld und Macht ist, sondern ein friedliches Weitergeben und Verteidigen von nichts anderem als der Wahrheit.“

An der Preisverleihung nahmen etwa 100 Personen teil. Kardinal Zen sagte in seiner Dankesrede vor den Zuhörern: „Ich habe nie um die Gnade des Martyriums gebeten. Das Rot, das ich trage, erinnert mich an das Blut zahlreicher Brüder und Schwestern in China, lebende Märtyrer, ohne unbedingt im wörtlichen Sinne ihr Blut zu vergießen.“ Das Ziel sämtlicher totalitärer Regime sei nur eins: alles und jeden zu kontrollieren. „Heutzutage haben sie ihre Methoden verbessert. Sie machen keine Massenverhaftungen mehr oder Massenmorde. Sie möchten keine Märtyrer schaffen, sondern Abtrünnige. Sie wenden Drohungen und Bestechung an. Sie bedrohen Sie und Ihre Familie, sie bestechen Sie mit Geld und Ehren. Sie möchten Sie nicht nur körperlich versklaven, sondern auch Ihr Gewissen in Fesseln halten. Viele unserer Brüder und Schwestern, sowohl im Untergrund wie auch in der offiziellen Kirche, widerstehen heldenhaft diesen Versuchungen.“

Kardinal Zen kritisierte in seiner Rede anschließend – wie schon in vielen anderen Aussagen in den Wochen davor – den Vatikan für dessen derzeitige Politik des Dialogs mit der chinesischen Regierung in der Hoffnung auf eine größere Einheit innerhalb der chinesischen Kirche. „Jemand im Vatikan gibt zu“, so der Kardinal, „dass die angestrebte Einheit weiterhin in einem Vogelkäfig realisiert wird; sie sagen, sie werden kämpfen, Zentimeter für Zentimeter, um den Raum im Käfig zu vergrößern. Aber in Wirklichkeit drängen sie die Vögel, die jetzt noch in der freien Luft umherfliegen, ebenfalls in den Käfig.“ Der Kardinal bat um das Gebet, dass „Gott unseren Heiligen Vater erleuchten möge, dass er es nicht gestattet, dass solch ein schlechter Handel vollzogen wird“. Zum Schluss betonte er, dass er den Preis in Dankbarkeit im Namen und stellvertretend für seine Brüder und Schwestern annehme und sie dem Gebet anempfehle.

Kardinal Zen hielt sich auf Einladung der Stephanus-Stiftung zu einem einwöchigen Besuch in Deutschland auf. Es fanden verschiedene öffentliche Gespräche sowie Interviews mit Journalisten statt. U.a. besuchte der Kardinal auch das China-Zentrum in Sankt Augustin. – Die Stephanus-Stiftung ist nach dem ersten christlichen Märtyrer, dem heiligen Stephanus, benannt. Sie hilft verfolgten Christen in Not und deckt Verletzungen des Rechts auf Religionsfreiheit auf. Gründer der Stiftung ist Wolfgang Link, Oberstudienrat aus Gengenbach im Schwarzwald.

Katharina Feith

Quellen: Pressemitteilungen der Stephanus-Stiftung für verfolgte Christen (April 2018); www.bucer.de/fileadmin/dateien/Dokumente/BQs/BQ500ff/BQ533/2018_ISHR_Stephanus_Laudatio_Cardinal_Zen_dt.pdf (Laudatio von Bischof Thomas Schirrmacher); Manuskripte der Ansprachen von Michaela Koller und Kardinal Zen; *Bonner General-Anzeiger* 9.04.2018.

Taiwan: Disput um Naturbestattung

Anlässlich des chinesischen Totengedenktages (Qingming-jie) am 8. April 2018 wandte sich das Ministerium des Innern gegen ein irreführendes Inserat der Taiwan Funeral Association und zweier weiterer Verbände der Branche in mehreren Zeitungen, in dem es hieß, mit der Naturbestattung gehe der uralte Brauch des jährlichen Ganges zum Friedhof verloren. Natürlich spielen hier handfeste geschäftliche Interessen auch eine Rolle.

Die Verbände hatten argumentiert, bei der Kremation blieben biologisch nicht abbaubare Tricalziumphosphate zurück, so dass die unter Bäumen begrabene Asche der Großeltern später möglicherweise als Müll entsorgt werden müsse. Ein weiteres Argument lautete, im Falle einer „grünen“ statt einer Grabbestattung seien die Angehörigen nicht mehr in der Lage, ihrer Verstorbenen gebührend zu gedenken, da sie nur noch einen Baum vorfänden, und der Totengedenktag, wörtlich „Tag der Gräberreinigung“, könne überhaupt bedeutungslos werden, so das Inserat.

Das Inserat verdrehe die Tatsachen, erklärte das Innenministerium in einem Statement. 96% der Bevölkerung seien für eine Kremation, wovon weitaus die Mehrheit die Aufbewahrung der Urne in einem Columbarium vorziehe, was aber auf der ohnehin schon dicht bevölkerten Insel auf enorme Platzschwierigkeiten stoße. Die umweltfreundliche Baum- oder Seebestattung folge einem globalen Trend, so das Ministerium. Es zerstreute auch Umweltbedenken, da Baumbestattungen nur auf ausgewiesenem Gelände stattfinden dürften und entsprechende phosphatlösende Bakterien die Asche chemisch abbauen würden, so dass sie von den Pflanzen absorbiert werden könne.

Ende Januar 2018 verzeichnete die Statistik 39.352 Baum- und 1.919 See-Bestattungen auf Taiwan. Inselweit stehen momentan 31 öffentliche Anlagen für die grüne Bestattung zur Verfügung, während in neun Städten und Kreisen auch eine Bestattung im Meer möglich ist. Das Mi-

nisterium hält fest, dass es den Angehörigen immer noch möglich sei, an diesen Orten im Freien ihrer Verstorbenen zu gedenken, so dass der „Tag der Gräberreinigung“ nicht verloren gehe.

Wie tief verwurzelt die Ahnenverehrung in Taiwan ist, bewies das Zusammenströmen von über 10.000 Nachfahren von Yeh Chun-jih (葉春日), die zu diesem Anlass am 5. April aus dem Süden der Insel, aus Südostasien sowie aus Brasilien und den USA nach Yongsing im Bezirk Sinwu in Taoyuan, 20 km südwestlich von Taipei, kamen. Der Yeh-Clan erstreckt sich über 15 Generationen in 280 Jahren. Im 17. Jahrhundert war der Urahn Yeh Chun-jih mit seinem Sohn aus China eingewandert und hatte sich im Bezirk Sinwu niedergelassen. Die örtliche Verwaltung richtete für dieses Totengedenken riesigen Ausmaßes eigens einen temporären Parkplatz ein, um für den Ansturm am Grab des Stammvaters gerüstet zu sein.

Willi Boehi

Quelle: *Taipei Times* 6.04.2018.

Taiwan: Rechte für „staatenlose Kinder“

Die Legal Aid Foundation forderte am 20. Februar 2018 dringend eine Novellierung der entsprechenden Gesetze, um die Not der schätzungsweise 1.300 „staatenlosen Kinder“ ohne Papiere von Wanderarbeiterinnen aufzufangen. Ohne eine entsprechende Gesetzesänderung sind sie ihrer Grundrechte beraubt und haben keinen Zugang zu Schulbildung und Krankenversicherung.

Der stellvertretende geschäftsführende Leiter der Legal Aid Foundation, Lin Tsung-hsien (林聰賢), führte auf Grund der Erfahrungen und Daten der Harmony Home Association aus, die Durchschnittszahl der jährlich von Migrantinnen in Taiwan geborenen Kinder liegt bei 700, wovon bei einem Viertel eine offizielle Registrierung und Beschaffung der Aufenthaltsbewilligung unmöglich sei, weil die Eruierung der Herkunft ihrer Eltern wegen der zeitlichen Befristung der Arbeitsverträge der Eltern auf wenige Jahre an unlösbaren Problemen scheitere. Einigen Kleinen fehle sogar eine Unterkunft, während andere von einem alleinerziehenden Elternteil versorgt würden. Diese Kinder hätten keine Staatsbürgerschaft und damit Probleme beim Zugang zu sozialen und Gesundheitsdiensten, bei der Eingliederung in die Schulen oder später beim Finden einer legalen Arbeitsstelle, so Lin.

Lin schlug vor, statt der mühsamen Fall-zu-Fall-Behandlung feste Standards für all diese Fälle zu schaffen und eine Novellierung der Gesetze vorzunehmen. Angesichts der zunehmenden Zahl an Wanderarbeiterinnen in Taiwan ist in Zukunft sogar mit einer wachsenden Zahl solcher Kinder zu rechnen. Ende Februar 2018 waren laut Statistik des Arbeitsministeriums 321.035 Wanderarbeiter und 375.840 Wanderarbeiterinnen aus Indonesien, den Philippinen, Thailand und Vietnam unter Vertrag auf der Insel

tätig. Lin rief zur Offenheit gegenüber den unterschiedlichen Kulturen auf und schloss die Möglichkeit nicht aus, dass einige dieser Kinder ihr ganzes Leben auf Taiwan verbringen werden; sie hätten Anspruch auf die menschlichen Grundrechte.

Das Harmony Home sorgt für Migrantinnen und ihre Kinder, die eines Obdachs und sonstiger Hilfe bedürfen. Vor allem hat sich die private Institution durch das Anbieten von Unterkunft, Sorge und Unterstützung von Personen mit AIDS oder HIV seit 30 Jahren einen Namen gemacht.

Willi Boehi

Quellen: *Taipei Times* 21.02.2018; www.hhat.org.

Taiwan: Gesetzesvorlage für Stiftungen unter Kritik

An einer Anhörung zur Gesetzesvorlage bezüglich finanzieller Transparenz privater Stiftungen am 2. April 2018 meldeten Leiter verschiedener religiöser Institutionen ihre Bedenken an, wie die *Taipei Times* am 4. April 2018 berichtete.

Der Präsident der New Taipei City Buddhist Association, Meister Ching Yao (淨耀), erklärte, seine Gruppe habe ihre Finanzen, besonders solche für religiöse Aktivitäten, ihren Mitgliedern und den staatlichen Stellen immer transparent gemeldet. Seine Vereinigung habe nichts gegen die Vorlage mit ihren Vorschriften, aber die Regierung solle den Betroffenen in Sachen Finanzen mehr Spielraum gewähren. Oft seien interne religiöse Vorschriften sogar viel strenger als säkulare Gesetze.

Der Generalsekretär der Zhonghua Buddhist Union, Meister Chueh Pei (覺培), kritisierte, allein schon die Dis-

kussion über dieses Problem impliziere, dass Religionen und ihre Gruppen ohne jede Aufsicht seien, was den Namen des Buddhismus verunglimpfe. Er befürchte, dass es im Falle einer Veröffentlichungspflicht für Informationen über Spenden zu Entführungen von Spendern zur Erpressung von Lösegeld kommen könne.

Von ihrer Erfahrung berichtete die Ehrenvorsitzende des Longshan-Tempels im südtaiwanischen Nantou, Fan Ssu-yun (范思筠). Seit sie die erhaltenen Gaben zu quittieren habe, sei sie von den Leuten um Ausleihen von Geld angegangen worden. Falls alle Spenden registriert werden müssten, müsse sie womöglich noch die Scheidung einreichen, um weiter wohl tätig sein zu können, ohne dass ihr Mann herausfinde, wie viel sie spende, sagte Fan.

Finanzielle Transparenz bei Stiftungen und Religionsfreiheit seien zwei ganz verschiedene Paar Stiefel, suchte Legislativratsmitglied Yu Mei-nu (尤美女) von der regierenden Demokratischen Fortschritts Partei (DPP) Orientierung und Ruhe in diese umstrittene Sache zu bringen. Auch religiöse Gruppen hätten zur Kenntnis zu nehmen, dass über die Verwendung von Geldern der Öffentlichkeit dieser gegenüber auch Rechenschaft abzulegen sei.

Ein Vertreter der Taiwan Presbyterian Church äußerte in der Anhörung, seine Kirche unterstütze die Verabschiedung des Gesetzentwurfs, so dass alle privaten Stiftungen unter eine einheitliche Regelung fallen; er schlug aber vor, die Regierung solle Sonderregelungen für die Verwaltung von Krankenhäusern und Bildungseinrichtungen in religiöser Trägerschaft schaffen. Die katholischen Institutionen sahen offenbar keine Notwendigkeit, an diesem Treffen teilzunehmen.

Willi Boehi

In memoriam

Bischof Li Mingshu 李明述 von Qingdao (1924–2018)

Am 15. Juni verstarb im Alter von 93 Jahren der Bischof der Diözese Qingdao in Shandong, Josef Li Mingshu.

Nach dem von der Diözese veröffentlichten Lebenslauf wurde Bischof Li am 1. Dezember 1924 in Lijia im Kreis Boxing, Provinz Shandong, geboren und trat 1937 ins Kleine Seminar der Diözese Zhoucun ein. 1949 schloss er seine theologischen Studien am Priesterseminar von Wuhan ab. Im selben Jahr am 11. April wurde er zum Priester geweiht. Es schloss sich pastorale Arbeit in der Diözese Shaoguan, Provinz Guangdong, an, gleichzeitig unterrichtete Li Mingshu dort in der Schule. Keine Auskunft gibt die Diözese zu den Jahren der Kulturrevolution. Ab 1978 unterrichtete er in einer Schule in Boxing. Von 1986 bis 1994 war er Vize- rektor des Heilig-Geist-Seminars in Shandong. 1994 wurde er zum Diözesanadministrator von Qingdao ernannt und

am 13. August 2000 mit Zustimmung des Vatikans sowie der chinesischen Regierung zum dortigen Bischof geweiht. Laut *AsiaNews* hatte Bischof Li von 2000 bis 2005 auch die Funktion als Vizerektor des Nationalen Priesterseminars in Beijing inne.

Die Regierung gab, so *UCAN*, strenge Vorgaben für die Beerdigung von Bischof Li, die am 18. Juni in der St. Michaels-Kathedrale in Qingdao stattfand. Nur 600 Trauergäste hätten an dem Gottesdienst teilgenommen, nachdem die Regierung eine zahlenmäßige Beschränkung erlassen habe. Auch durfte nicht fotografiert oder Botschaften über die Bestattung ins Internet gestellt werden. Vier der fünf Bischöfe von Shandong nahmen an der Zeremonie teil: Bischof Fang Xingyao von Linyi, Bischof Zhang Xianwang von Jinan, Bischof Lü Peisen von Yanzhou und Bischof



Bischof Li Mingshu 2003 im Missionsmuseum von Steyl, rechts neben ihm Herr Liu Bainian vor einem historischen Foto der Niederlassung der Steyler Missionare in Qingdao. Foto: Archiv China-Zentrum.

Yang Yongqiang von Zhoucun. Außerdem konzelebrierten 26 Priester, vorwiegend aus Shandong.

Bei seiner Bischofsweihe hatte Bischof Li betont, dass er in seiner Diözese neue Evangelisierungsmethoden stärken, Laienkräfte ausbilden, Katechismusklassen für Erwachsene entwickeln und die Beziehungen in Einheit mit der Universalkirche aufrechterhalten wolle, so *AsiaNews*. Der Nachrichtendienst äußert jedoch auch, dass Personen, die mit dem Bischof zusammenarbeiteten, ihn als ängstliche Person bezeichneten, die jeden dazu angehalten habe, der

Professor Chen Zemin 陈泽民 (1917–2018)

Der langjährige Studienleiter des Vereinigten Theologischen Jinling-Seminars in Nanjing (Nanjing Union Theological Seminary, NJUTS) und enge Weggefährte Bischof K.H. Tings, Prof. Chen Zemin, ist am 4. Juni dieses Jahres im Alter von 101 Jahren gestorben.

Chen Zemin wurde 1917 in der Stadt Shantou, Provinz Guangdong, China, als drittältester Sohn christlicher Eltern geboren. Schon als Kind hatte er Unterricht in altgriechischer, lateinischer und englischer Sprache bei baptistischen Missionaren aus den USA, was die Grundlage für seine exzellenten Sprachkenntnisse legte. Später studierte er Sozialwissenschaft und Musik an der Hujiang-Universität Shanghai, wo er 1941 den Abschluss Bachelor of Arts erwarb. Danach studierte er evangelische Theologie am Theologischen Jinling-Seminar, das sich damals wegen der japanischen Besatzung der Stadt Nanjing in der Internationalen Niederlassung von Shanghai befand, und erwarb dort 1944 den Abschluss Baccalaureate in Divinity. Bei der Zusammenlegung verschiedener theologischer Hochschulen zum Vereinigten Jinling-Seminar 1952 war Chen Zemin von Anfang an fester Bestandteil der Belegschaft. Das Prinzip des gegenseitigen Respekts zwischen den unter-

Patriotischen Vereinigung zu gehorchen. Laut Beobachtern habe dies mit der übermächtigen Präsenz von Anthony Liu Bainian zu tun, dem langjährigen Sekretär und späteren Präsidenten der Chinesischen katholischen patriotischen Vereinigung, der ebenfalls aus Shandong stammt.

Im Jahr 2000 lud Bischof Li Schwester Nirmala Joshi, die damalige Generaloberin der Missionarinnen der Nächstenliebe und Nachfolgerin von Mutter Teresa, nach Qingdao ein, um sich über die Möglichkeit der Eröffnung eines Hauses zu erkundigen. Bischof Li soll Schwester Nirmala ermutigt haben, die chinesischen Behörden schriftlich um Erlaubnis zu bitten, die Schwester habe jedoch nie eine Antwort darauf erhalten.

2003 besuchte Bischof Li auf Einladung der Missionsbenediktiner in Sankt Ottilien zusammen mit drei weiteren Diözesanbischöfen aus Shandong Deutschland, wobei auch ein Besuch in Sankt Augustin stattfand.

Die Diözese Qingdao war früheres Missionsgebiet der Steyler Missionare. Der erste Bischof war Kardinal Thomas Tian Gengxin SVD, ihm folgte der aus Deutschland stammende Bischof Augustin Olbert SVD. Heute zählt die Diözese 12 Priester und eine Ordensgemeinschaft mit 12 Schwestern. Die Nachfolge von Bischof Li ist noch nicht geregelt, obgleich bereits seit mehreren Jahren Namen von möglichen Nachfolgern kursieren.

Katharina Feith

Quellen (2018): *AsiaNews* 18.06.; *tianzhujiao.me* 16.06.; *UCAN* 20.06.; *vaticannews.va* 7.07.



Professor Chen Zemin am Schreibtisch, 2007. Foto: Liu Ruomin.

schiedlichen kirchlichen Traditionen hat er in seiner Person besonders verkörpert. Chen strebte eine einheimische chinesische Theologie an, mit chinesischer Kirchenmusik und einer eigenen Gestalt in allen Aspekten. Als systematischer Theologe schrieb er bereits in den 1950er Jahren einige Grundsatzschriften, die in den 1990ern erneut gedruckt

wurden und als Fundament chinesischer Theologie gelten können. In seinem theologischen Aufsatz „Der Aufbau des Theologischen Denkens in den Gemeinden in China“ hat er schon 1956 systematisch die Möglichkeit dargelegt, die Theologen in China für einen genuin chinesischen Ausdruck des theologischen Denkens haben.

Sein Leben stand ganz im Dienste der theologischen Ausbildung für eine geeinte und dialogfähige protestantische Kirche Chinas mit einem hohen akademischen Niveau. Als das Jinling-Seminar zu Beginn der Kulturrevolution 1966 geschlossen wurde, wurde Prof. Chen zusammen mit einigen Kollegen zur Feldarbeit in der Umgebung von Nanjing beordert. Aber schon Ende der 1970er Jahre wurde er als Mitarbeiter des neuen Instituts für religiöse Studien an der Nanjing-Universität verpflichtet; 1981 kehrte er mit der Wiedereröffnung des Jinling-Seminars in seine alte Po-

sition zurück, die er bis weit ins neue Jahrtausend hinein ausfüllte.

Man kann sagen, dass es kaum eine Leitungspersönlichkeit in den kirchlichen Strukturen und Ausbildungsstätten des gegenwärtigen Chinesischen Christenrats gibt, die nicht durch seine Schule gegangen wäre. Erst im biblischen Alter von über 90 Jahren zog er sich ganz aus dem Lehr- und Prüfungsbetrieb des Seminars zurück. Bis zuletzt blieb er geistig rege und interessiert. Seine besondere Liebe galt von klein auf der Musik. Prof. Chen spielte selbst sehr gut Klavier und Guzheng (chinesische Zither), außerdem war er ein Liebhaber der Klassik und gehobenen Kirchenmusik.

Die Trauerfeier für Prof. Chen Zemin fand am 8. Juni in der St. Pauls-Kirche in Nanjing statt. Die Belegschaft des Jinling-Seminars, viele Studierende und Kirchenleute des ganzen Landes nahmen an der Gedenkfeier teil.

Liu Ruomin

Chronik zu Religion und Kirche in China 19. März bis 30. Juni 2018

Die „Chronik zu Religion und Kirche in China“ erscheint seit Anfang 2010 regelmäßig in den Informationen von China heute. Da manche Nachrichten (der Redaktion) erst später bekannt werden, kann es zu Überschneidungen zwischen den Chroniken kommen, wobei jeweils in der vorangegangenen Nummer bereits erwähnte Ereignisse nicht noch einmal aufgeführt werden. Alle Chroniken finden sich auch online auf der Website des China-Zentrums (www.china-zentrum.de). – Der Berichtszeitraum der letzten Chronik (2018, Nr. 1, S. 8-18) reichte bis einschließlich 13. März 2018.

Politik

21. März 2018:

Kommunistische Partei Chinas veröffentlicht „Plan zur Vertiefung der Reform der Organe von Partei und Staat“, der die Trennung zwischen Partei und Staat weiter verwischt
Im Rahmen des sehr weitreichenden Umbaus wurde u.a. eine Reihe bedeutender staatlicher Behörden Parteiorganen unterstellt. So wurden das Staatliche Büro für religiöse Angelegenheiten, die Staatliche Kommission für ethnische Angelegenheiten und das Büro für Übersee-chinesenangelegenheiten des Staatsrats der Abteilung für Einheitsfrontarbeit der KP Chinas eingegliedert oder unterstellt. Diese und zahlreiche weitere Verschiebungen im Apparat der Partei- und Regierungs-

organe werden als Stärkung des Primats der Partei über den Staat und als Umkehrung der von Deng Xiaoping errichteten Strukturen mit einer stärkeren Trennung von Partei und Regierung gesehen. Auch „Massenorganisationen“ – zu denen die offiziellen religiösen Vereinigungen gehören – sind laut *Xinhua* Teil des Reformplans, dazu gab es aber keine weiteren Angaben (*AsiaNews* 7.05.; *Global Times* 21.03.; *gov.cn* 24.03.; *Merics China Update* 6/2018; *UCAN* 27.03.; *Xinhua* 21.03.). – Siehe die Einträge vom 21. März 2018 und vom 1. April 2018 in der Rubrik „Religionspolitik“.

18. April 2018:

China gründet Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit

China gab offiziell die Gründung einer Agentur für internationale Entwicklungszusammenarbeit bekannt. Die neue Agentur wird verantwortlich sein für die strategischen Leitsätze und die politische Linie bei Auslandshilfe, für die Koordination und das Erstellen von Vorschlägen zu wichtigen davon betroffenen Aspekten, für die Reform des Systems der Auslandshilfe und für die Planung und Überwachung ihrer Umsetzung. Damit wird die bisher auf zahlreiche Behörden verteilte Entwicklungszusammenarbeit zentralisiert. Bisher hat China vor allem Entwicklungsprojekte in Anrainerstaaten gefördert und damit insbesondere die Seidenstraßen-Initiative unterstützt. Ob in Zukunft mehr Gelder in Entwicklungsländer fließen und dabei die

chinesischen wirtschaftlichen Interessen weniger als bisher im Vordergrund stehen, bleibt abzuwarten (*Xinhua* 18.04.; *Merics China Update* 6/2018, 9.–22.03.).

5. Mai 2018:

Feierlichkeiten zu Ehren von Karl Marx' 200. Geburtstag

Karl Marx, am 5. Mai 1818 in Trier geboren, würde dieses Jahr 200. Die chinesische Regierung nahm dies zum Anlass, der Stadt Trier eine 5,50 m große Statue für die Erinnerung an den „größten Philosophen in der Geschichte der Menschheit“ zu schenken. Xi Jinping huldigte mit solchen Bezeichnungen Karl Marx in seiner Rede in der großen Gedenkfeier in der Großen Halle des Volkes in Beijing am 4. Mai, wie von *Xinhua* berichtet. Der *Trierische Volksfreund* berichtete über die feierliche Enthüllung der Statue am 5. Mai, die unter Beisein des Trierer Oberbürgermeisters Wolfram Leibe, der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer und auch von Guo Weimin, Vizeminister des Presseamtes des chinesischen Staatsrates, stattfand. – Xi Jinping sprach in seiner Rede weiter, dass es darum gehe, die feste Überzeugung von der „wissenschaftlichen Wahrheit des Marxismus“ zu demonstrieren. In der Analyse dieser Rede von der *Renmin Ribao* wurde betont, wie wichtig der Marxismus für China sei, und Xis Beitrag wurde als eine hervorragende Zusammenfassung des chinesischen Marxismus gelobt. – Cary Huang kritisierte die chinesische Regierung scharf

in ihrer Kolumne in der *South China Morning Post*. Sie interpretierte diese Betonung und Hinwendung zum Marxismus als Zeichen der Abwehrhaltung gegen Kräfte, die sich gegen die absolute Macht der Partei und ihrer Führung wendeten. In China seien längst keine Zeichen des Marxismus mehr zu finden, im Gegenteil, es sei eine kapitalistische, marktorientierte Gesellschaft, die immer häufiger Züge annehme, wie man sie bei Charles Dickens beschrieben findet. Dies seien Ausformungen, gegen die gerade Karl Marx sich mit seinen Überzeugungen eingesetzt habe. Willy Lam Wo-lap sagte laut *Ping Kuo Jih Pao*, dass die chinesische Führung versuche, über ihre Rückbindung an die Leitfigur Marx ihre Legitimation aufrechtzuerhalten. – Der katholische Bischof von Trier, Stephan Ackermann, sagte in einem Interview mit der *KNA*, dass Marx Anstöße für soziale Reform gegeben hätte, aber er bestimmt kein Heiliger gewesen sei. Ackermann sprach von der wichtigen Kritik an Systemen, die die Menschen als Arbeiter ausbeuteten. Hier habe Marx sich sehr berechtigt für Reformen stark gemacht. Der historische Marxismus habe allerdings auch einiges an „Unheil“ über die Welt gebracht (*KNA* 5.05.; *Ming Pao* 5.05.; *Ping Kuo Jih Pao* 5.05.; *Renmin Ribao* 6.05.; *South China Morning Post* 12.05.; *Xinhua* 4.,6.05.).

Religionspolitik

21. März 2018:
Staatliches Büro für religiöse Angelegenheiten wird in die Einheitsfrontabteilung eingegliedert, Partei übernimmt direkte Kontrolle über Religionen

In der Doppelstruktur von Partei- und Staatsorganen war das 1951 (unter anderem Namen) gegründete und 1979 nach der Kulturrevolution wiedergegründete Staatliche Büro für religiöse Angelegenheiten 国家宗教事务局 (BRA, engl. State Administration for Religious Affairs, SARA) unter dem Staatsrat für die konkrete Durchführung der Religionspolitik und Beaufsichtigung der religiösen Organisationen zuständig, während seitens der Partei die Abteilung für Einheitsfrontarbeit des Zentralkomitees die politische Aufsicht über die Religionsarbeit hatte. Im Zuge der Umstrukturierung der Organe von Partei und Staat (s.o.) wurde nun – wie das Zentralkomitee der KP Chinas am 21. März bekanntgab und der Staatsrat am 24. März bestätigte – das BRA als eigenständige Regierungsbehörde aufgehoben und in die Einheitsfrontabteilung (EFA) der Partei eingegliedert, seine Aufgaben wurden von der EFA übernommen; die EFA wird nach

außen das staatliche „Schild“, d.h. den Namen des BRA, weiter verwenden. Das heißt also, dass die spezifischen religiösen Angelegenheiten und Organisationen künftig ausschließlich durch die Partei und nicht mehr durch den Staat verwaltet werden, auch wenn neben dem Namen möglicherweise Personal und Strukturen teilweise ebenfalls vom BRA in die EFA übernommen werden. Laut *AsiaNews* vermuten einige Beobachter, dass das BRA zum ausführenden Arm der EFA werden könnte. Dies erscheint denkbar angesichts der Tatsache, dass in dem „Plan zur Vertiefung der Reform der Organe von Partei und Staat“ unter der Auflistung der künftigen Aufgaben der EFA die bisherigen konkreten Aufgaben des BRA, wie Formulierung von Rechtsnormen oder Beaufsichtigung der religiösen Organisationen, fehlen. Es bleibt auch abzuwarten, wie sich die Umstrukturierung der Organe auf lokaler Ebene auswirkt. Dort hatte der Klerus an der Basis in der Praxis mit Vertretern beider Behörden zu tun. – Stimmen aus den chinesischen Kirchen und Kommentatoren werteten die Einverleibung des staatlichen BRA in die EFA als Signal für eine stärkere Parteikontrolle über die Religionen (*AsiaNews* 3.04.; 7.05.; *chinasource.org* 2.04.; *gov.cn* 24.03.; *Xinhua* 21.03.). – Siehe hierzu den Beitrag in den Informationen und den Wortlaut der Beschlüsse zur Umstrukturierung des BRA in der Dokumentation.

1. April 2018:

Wang Zuo'an wird Vizeminister der Einheitsfrontabteilung

Am 1. April wurde bekanntgegeben, dass Wang Zuo'an zu einem der zehn Vizeminister der Einheitsfrontabteilung (EFA) befördert worden ist und gleichzeitig sein bisheriges Amt als Direktor des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten (BRA) weiterführen wird. Der 1958 geborene Wang, der 1983–1987 bereits bei der EFA tätig gewesen war, wechselte anschließend zum BRA und war seit 2009 dessen Direktor. Beim 19. Parteitag der KPCh im Herbst 2017 war er nicht wieder ins Zentralkomitee gewählt worden. – In einer Pressekonferenz am 3. April (s.u.) erklärte Chen Zongrong, bisher Vizedirektor des BRA, dass am 1. April auf einer Versammlung der leitenden Beamten der EFA sowie des BRA und des Büros für Überseechinesenangelegenheiten des Staatsrats, welche beide in die EFA eingegliedert werden, die neue Organisationsstruktur formell verkündet worden sei. Man befände sich im Readjustierungsprozess und es werde eine neue EFA-Führungsrunde aufgestellt werden. Die neue Struktur werde die institutionellen Mechanismen der Religionsarbeit optimieren und die einheitliche Führung

der Partei über die Religionsarbeit stärken. Die KPCh befürworte und propagiere den Atheismus, das bedeute aber nicht, dass sie die Freiheit des religiösen Glaubens nicht schützen und respektieren könne, so Chen (*AsiaNews* 3.04.; *english.scio.gov.cn* 3.04.; *fo.ifeng.com* 2.04.).

3. April 2018:

Staatsrat veröffentlicht Weißbuch „Chinas Politik und Praxis beim Schutz der Freiheit religiösen Glaubens“

Zuletzt hatte China 1997 sein erstes Weißbuch zum Thema Religionsfreiheit publiziert. Das neue Weißbuch gibt im Wesentlichen bekannte Positionen der chinesischen Religionspolitik wieder. Es verzichtet dabei auf die ausführliche Darstellung der „schimpflichen Rolle“ der westlichen Missionare im 19./20. Jh., die dem Weißbuch von 1997 eine ideologisch sehr konservative Prägung gegeben hatte. Die Zahl der Religionsanhänger in China beziffert es auf 200 Mio. (1997: 100 Mio.). In der Pressekonferenz anlässlich der Bekanntgabe des Dokuments sagte Chen Zongrong, bisher Vizedirektor des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten, dass die alte Zahl 100 Mio. auf eine Aussage von Zhou Enlai aus den 1950ern zurückgehe und die Bevölkerung Chinas sich seither mehr als verdoppelt habe (*english.scio.gov.cn* 3.04.). – Siehe die Übersetzung des Weißbuchs in der Dokumentation und den Beitrag in den Informationen dieser Nummer.

4. April 2018:

Lokale Behörde in Henan fordert alle Bewohner, die an eine der fünf Religionen glauben, auf, sich zu registrieren

In einer auf 4. April datierten Bekanntmachung des Nachbarschaftsviertels Pingyuan, das vermutlich zur Stadt Anyang in Henan gehört, werden die Bewohner, die an Buddhismus, Daoismus, Katholizismus, Protestantismus oder Islam glauben, aufgefordert, sich zügig beim Nachbarschaftsviertel (also der untersten Verwaltungsebene) zu registrieren. Dies berichtete die in den USA ansässige Organisation China Aid, die auch ein Foto der Bekanntmachung veröffentlichte. Eine Angestellte des Nachbarschaftskomitees von Pingyuan sagte zu China Aid am Telefon, es seien Haushaltsregistrierung und Personalausweis mitzubringen und Name und persönliche Daten, Religionszugehörigkeit und wann konvertiert, Religionszugehörigkeit der Familienmitglieder etc. anzugeben. Auch die parteinahe *Global Times* schrieb, ein Angestellter des Nachbarschaftskomitees habe die Bekanntmachung bestätigt und gesagt, dass „die höhere Religionsbehörde“ die Nachbarschaftsviertel gebeten habe, „einen Zensus zu machen“ (*chinaaid.org* 11.04.;

globaltimes.cn 9.04.; UCAN 13.04.). – Die Registrierung einfacher Gläubiger ist in der VR China bisher völlig unüblich. Die ab 1. Februar geltenden revidierten „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ sehen vor, dass Dorfbewohnerkomitees und Einwohnerkomitees die Regierung bei der Verwaltung der religiösen Angelegenheiten unterstützen müssen (§ 6). Zur Situation in Henan siehe auch die Rubriken „Christentum“, „Protestantismus“ und „Katholische Kirche“.

7. Mai 2018:

Staatliches Büro für religiöse Angelegenheiten (BRA) veröffentlicht Entwurf zu „Maßnahmen für die Verwaltung kollektiver religiöser Aktivitäten von Ausländern auf dem Territorium der Volksrepublik China“
Es handelt sich um einen „Entwurf zur Einholung von Meinungen“ mit Frist bis zum 7. Juni 2018. Dem Entwurf zufolge betrifft die neue Regelung religiöse Versammlungen ab 50 Personen (§ 2). Kollektive religiöse Aktivitäten von Ausländern (krAA) müssen in registrierten Stätten für religiöse Aktivitäten (Tempel/Kirchen) stattfinden oder in von den Religionsbehörden genehmigten provisorischen Orten für krAA (§ 3). Neu ist das Antragsverfahren durch mindestens drei gewählte Vertreter der Ausländer, die krAA durchführen möchten, „Veranstalter“ genannt; diese dürfen „keine negativen Einträge haben“, keine Immunität in China genießen und jeweils nur an einer Stätte als Veranstalter fungieren (§ 5). Die Veranstalter stellen den Antrag bei der religiösen Organisation der jeweiligen Religion und unterzeichnen einen Vertrag mit dem betreffenden Tempel/Kirche, der den Behörden zur Akteneintragung gemeldet wird (§§ 6, 7). Gastgebende Tempel/Kirchen stellen die Geistlichen für die Leitung der krAA; falls es wirklich notwendig ist, dass ein Ausländer den Gottesdienst leitet, muss dies ebenfalls den Behörden gemeldet werden (§ 8). Das Verfahren der Beantragung eines provisorischen Orts für krAA (§ 9 ff.) ermöglicht Gottesdienste für Ausländer, die in China nicht anerkannten Religionen anhängen, wie Juden, Mormonen oder Bahai. Chinesische Bürger dürfen nicht an krAA teilnehmen (§ 16). KrAA „müssen die Verwaltung durch die Behörden für religiöse Angelegenheiten akzeptieren“; gastgebende Tempel/Kirchen oder Anbieter temporärer Stätten müssen sich proaktiv über die krAA informieren und gesetzeswidrige Handlungen umgehend den Behörden melden (§ 18). Verstoßen sie bei ihren Diensten für krAA gegen Gesetze und Rechtsnormen, werden sie nach dem Gesetz bestraft (§24). – Grundlage

der neuen, noch nicht erlassenen Maßnahmen sind die weiterhin gültigen „Verwaltungsvorschriften für religiöse Aktivitäten von Ausländern auf dem Gebiet der VR China“ (1994) und die „Durchführungsbestimmungen“ zu denselben (2000, Revision 2011). Der chinesische Text des Entwurfs der neuen Vorschriften (中华人民共和国境内外国人集体宗教活动管理办法[征求意见稿]) und eine englische Übersetzung finden sich bei www.chinalawtranslate.com.

23. Mai 2018:

Landesweite Arbeitssitzung der Einheitsfrontabteilung zur Regulierung des „exzessiven Errichtens großer religiöser Statuen im Freien“

Wang Zuo'an, im Bericht als „Vizeminister der Abteilung für Einheitsfrontarbeit des Zentralkomitees und Direktor des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten“ bezeichnet, hielt die Hauptrede, Verantwortliche der Einheitsfrontabteilungen und Religionsbehörden aller Provinzen nahmen teil. Die Sitzung rief dazu auf, die Regulierung des Baus großer religiöser Statuen im Freien zur Priorität bei der Regulierung des Problems der Kommerzialisierung des Buddhismus und Daoismus zu machen (zytzb.gov.cn 25.05.). – Hierzu waren im November 2017 neue Direktiven erlassen worden (siehe die Übersetzung in der Dokumentation). Gemeint sind wohl in erster Linie buddhistische und daoistische Riesenstatuen, für deren Besuch oft Eintritt zu zahlen ist. In den letzten Monaten wurde aber auch vom Abriss eines katholischen Kreuzwegs in Henan und einer Heiligenfigur in Hebei berichtet (siehe Eintragungen vom 5. Juni 2018 und vom Mai 2018 in der Rubrik „Katholische Kirche“). – Seit Inkrafttreten der revidierten Vorschriften für religiöse Angelegenheiten am 1. Februar d.J. ist der Bau großer religiöser Statuen im Freien außerhalb des Geländes religiöser Stätten verboten und muss auch innerhalb behördlich genehmigt werden (§ 30).

1. Juni 2018:

Staatliches Büro für religiöse Angelegenheiten (BRA) veröffentlicht „Maßnahmen für die Genehmigung und Verwaltung provisorischer Orte für religiöse Aktivitäten“

Eine wichtige Neuerung durch die Revision der „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“, die am 1. Februar 2018 in Kraft trat, war die Einführung von „provisorischen Orten für Aktivitäten“ in § 35. Details werden nun in den neuen, auf 22. Februar 2018 datierten „Maßnahmen“ festgelegt. Der Antrag dazu kann von religiösen Bürgern gestellt werden, wenn das Bedürfnis nach kollektiven religiösen Aktivitäten besteht, aber die Hürden für die Errichtung einer

regulären Stätte für religiöse Aktivitäten (mit einer aufwendigen Vorbereitungsphase, Nachweis von Finanzen etc.) zu hoch sind. Voraussetzung für den Antrag ist, dass es im Umkreis noch keine Stätte derselben Religion gibt. Die Genehmigung gilt maximal drei Jahre. Der Antrag wird durch gewählte Vertreter der Gläubigen gestellt, die auch eine Verpflichtungserklärung bezüglich der Einhaltung der Gesetze u.a. unterschreiben müssen. Der Antrag wird direkt bei den lokalen Religionsbehörden gestellt, diese holen die Zustimmung der jeweiligen lokalen religiösen Organisation ein, die dann gegenüber der provisorischen Stätte aufsichtspflichtig und weisungsbefugt ist. Religiöse Aktivitäten an provisorischen Orten dürfen weder von Personen ohne offiziellen Status eines religiösen Amtsträgers noch durch Ausländer geleitet werden, die Annahme von Spenden aus dem Ausland ist nicht erlaubt (siehe die deutsche Übersetzung der „Maßnahmen“ in der Dokumentation). – Ziel der neuen Vorschriften dürfte es v.a. sein, informelle Treffpunkte zu regulieren, die sich aufgrund von Migration und Urbanisierung gebildet haben, wie die in der chinesischen Fachliteratur beschriebenen informellen Gebetsstätten muslimischer Arbeitsmigranten aus Nordwestchina in den Shanghaier Außenbezirken, wo es keine regulären Moscheen gibt. Auch für kollektive Aktivitäten von Protestanten, die sich bisher in „privat errichteten Treffpunkten“ (d.h. Hauskirchen) versammeln, sind sie offenbar gedacht, wie einer Anmerkung von Chen Zongrong (BRA) auf einer Pressekonferenz zu entnehmen war (siehe Eintrag vom 3. April 2018 in der Rubrik „Religionspolitik“). Doch dürfte dies für Hauskirchen, die sich von der „Drei-Selbst-Kirche“ distanzieren, eine nur begrenzt attraktive Alternative sein angesichts der vorgesehenen Aufsichtsfunktion der Letzteren.

8., 12. und 30. Juni 2018:

In Ningxia und Beijing werden „Vier-Hinein“-Aktionen für religiöse Stätten eröffnet

Nachdem die Kampagne der „Vier-Hinein“-Moscheen im Nordwesten der VR China bereits im Mai gestartet worden war (siehe den Eintrag vom Frühjahr 2018 in der Rubrik „Islam“), wurde sie im Juni an einigen Orten auf alle fünf Religionen ausgedehnt. Die „Vier Hinein“ (四进) sind: Nationalflagge, Verfassung und Gesetze, sozialistische Kernwerte sowie die vorzügliche traditionelle chinesische Kultur. Sie sollen in die Stätten für religiöse Aktivitäten Eingang finden. In Ningxia wurde die Eröffnung am 8. Juni von Buddhisten und Protestanten, am 12. Juni von Daoisten und Katholiken durchgeführt. Fotos zeigen feierliche



Mauer mit den sozialistischen Kernwerten an einer Fahrradstation in Beijing, Mai 2018. – Überall in China werden die sozialistischen Kernwerte plakatiert – dies soll nun auch in den „Vier-Hinein“-Stätten für religiöse Aktivitäten geschehen. Die zwölf Werte sind: Reichtum und Stärke 富强, Demokratie 民主, Zivilisiertheit 文明, Harmonie 和谐, Freiheit 自由, Gleichberechtigung 平等, Gerechtigkeit 公正, Rechtsstaatlichkeit 法治, Patriotismus 爱国, Einsatzbereitschaft 敬业, Ehrlichkeit 诚信, Freundlichkeit 友善.
Foto: Martin Welling.

Flaggenhisszeremonien. In Beijing fand am 30. Juni auf Stadtebene eine „Vier-Hinein“-Eröffnung aller fünf Religionen auf dem Platz vor der protestantischen Haidian-Kirche statt. Aus vielen Provinzen findet man aber keine Nachrichten über „Vier-Hinein“-Aktionen. *Radio Free Asia* erfuhr am 4. Juli von einem Mitarbeiter des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten, dass die Aktion nicht auf alle, sondern auf bestimmte Religionen und insbesondere auf den Islam gerichtet sei. – Auch in den vergangenen Jahren gab es immer wieder Nachrichten, dass religiöse Stätten in bestimmten Regionen von den Behörden aufgefordert wurden, die Nationalflagge zu hissen, z.B. in Tibet und in verschiedenen Orten in Xinjiang, Zhejiang und Hubei; landesweite Aktionen sind neu (rfa.org 4.07.; sara.gov.cn 4.07.; tianzhujiao.me 21.06.; zytzb.gov.cn 14.06.; vgl. *China heute* 2016, Nr. 2, S. 80). – Siehe auch den Eintrag vom 11. Juni 2018 in der Rubrik „Daoismus“.

Religion allgemein

1. April 2018:

South China Morning Post: Erster chinesisch-stämmiger „Apostel“ bei den Mormonen

Die *South China Morning Post* (SCMP) berichtete, dass die „Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage“, auf Deutsch kurz „die Mormonen“ genannt, mit Hauptsitz in Salt Lake City, Utah, nun in ihren „Rat der Zwölf“ zum ersten Mal zwei Kirchenältere erwählte, die nicht weiß sind.

Die zwei sind Ulisses Soares aus Brasilien und Gerrit Gong, ein US-Amerikaner chinesischer Abstammung, seine Großeltern waren aus China in die USA eingewandert. – Über die Hälfte der Mormonen kommen nicht aus den USA und so sprachen sich einige Mormonen positiv darüber aus, dass nun die Kirchenleitung durch eine größere Diversität etwas mehr die ethnische Zusammensetzung seiner Mitglieder weltweit widerspiegeln. Laut SCMP wird dies nun auch als Zeichen gesehen, dass unter der Führung des neuen Präsidenten der Mormonen, Russell Nelson, die Kirche sich noch mehr auf Globalisierung fokussieren werde. Russell soll Chinesisch sprechen können und es wird spekuliert, dass die Ernennung von Gong die Entwicklung der Mormonen in China unterstützen soll. Die SCMP beruft sich auf einen Mormonen-Kirchenforscher, Matt Martinich, der die Zahl der Mormonen in Festlandchina auf ca. 10.000 schätzt. Offizielle Zahlen sind nicht vorhanden, da die VR China die Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage nicht als Religion anerkennt. – Gong und Soares dienten vorher in dem „Rat der Siebzig“ – der dem Rat der Zwölf untergeordnet ist –, dessen Mitglieder allerdings noch auf eine begrenzte Zeit erwählt sind. Die Kirchenälteren im Rat der Zwölf sind hingegen auf Lebenszeit erwählt und der am längsten dienende wird der neue Kirchenpräsident. So ist es nun möglich, dass auch ein Nichtweißer eines Tages Kirchenpräsident wird (SCMP 1.04.).

Daoismus

26. April 2018:

Daoistisches Ritual bei der Grundsteinlegung für ein Nuklearprojekt in Gansu – Chinesische Akademie der Wissenschaften entschuldigt sich

Das Ritual bei der Grundsteinlegung für den Bau eines Thorium-Versuchsreaktors im Kreis Minqin, Stadt Wuwei, in der Provinz Gansu wurde bekannt, nachdem ein Arbeiter Aufnahmen davon ins Netz hochgeladen hatte. Das besagte Nuklearprojekt wird laut *ThePaper.cn* (29.04.) in Kooperation zwischen der Chinesischen Akademie der Wissenschaften (CAS) und der Provinz Gansu durchgeführt, der daoistische Priester soll von der beauftragten lokalen Baufirma eingeladen worden sein. Am 30. April entschuldigte sich die CAS auf ihrem Weibo-Mikroblog dafür, dass sie ihren Vertragspartner nicht davon abgehalten habe, „vom Geist der Wissenschaft abzuweichen“ (zur damit zusammenhängenden Debatte siehe den Beitrag in den Informationen dieser Nummer).

11. Juni 2018:

Chinesische daoistische Vereinigung veröffentlicht Appell zum Hisen der Nationalflagge in allen daoistischen Stätten – zur „Sinisierung des Daoismus“

Der Text richtet sich an die daoistischen Vereinigungen der Provinzen, Bezirke und Städte. Alle mit behördlicher Genehmigung geöffneten Stätten für daoistische Aktivitäten werden darin aufgerufen, an einem deutlich sichtbaren Ort der Stätte die Nationalflagge aufzuhängen und dadurch die positive Kraft des Patriotismus zu entfalten. Mit Hilfe der Nationalflaggenhiss-Aktivitäten sollen – so der Text weiter – die daoistischen Stätten Respekt vor der Verfassung und den Gesetzen verbreiten sowie die gläubigen Massen dazu anleiten, an der Sinisierung des Daoismus festzuhalten und sich aktiv an die sozialistische Gesellschaft anzupassen (Wortlaut des Aufrufs mit dem Titel 关于在全国道教活动场所悬挂国旗的倡议 unter www.daoisms.org/article/sort028/info-36507.html). – „Sinisierung“ ist spätestens seit der Rede Xi Jinpings auf der Nationalen Konferenz für Religionsarbeit 2016 eine zentrale Forderung des Parteistaats an alle Religionen, insbesondere an Christentum und Islam.

Buddhismus

April 2018:

Erneuter Plan eines Börsengangs des heiligen buddhistischen Berges Putuoshan wird nach Protest gestoppt

Der Putuoshan liegt unweit von Shanghai auf einer zur Stadt Zhoushan (Provinz Zhejiang) gehörenden Insel und ist einer der vier hei-

ligen Berge des chinesischen Buddhismus. 2017 besuchten 8 Mio. Menschen den Ort. Die Putuoshan Tourism Development Company, die die touristische Infrastruktur der Insel wie Fähren, Seilbahnen und den Verkauf von Räucherartikeln (nicht die Klöster selbst) betreibt und an der laut einem Bericht von Kai Strittmatter in der *Süddeutschen Zeitung* (SZ) verschiedene Behörden von Stadt und Provinz beteiligt sind, hatte Anfang April den Gang an die Shanghaier Börse beantragt. Im Wertpapierprospekt waren laut *Apple Daily* die jährlichen Einnahmen aus dem Putuoshan-Tourismus mit 386 Mio. Yuan beziffert, weitere 612 Mio. sollten laut SZ durch den Börsengang erlöst und in Infrastruktur für den Tourismus wie den Bau von Thermalbädern investiert werden. Erst ein halbes Jahr vorher hatte das Staatliche Büro für religiöse Angelegenheiten zusammen mit weiteren Behörden – darunter das Staatliche Büro für Tourismus und die Chinesische Kommission für Wertpapieraufsicht – „Einige Ansichten zur weiteren Regulierung des Problems der Kommerzialisierung des Buddhismus und des Daoismus“ erlassen, die ausdrücklich verbieten, „Stätten für buddhistische oder daoistische Aktivitäten als Unternehmensaktiva für einen Börsengang [...] zu nutzen“ (siehe Dokumentation).

Auf der Website der offiziellen Chinesischen buddhistischen Vereinigung (CBV) erschien am 11. April ein Beitrag mit dem Titel „Der ‚Börsengang des Putuoshan‘ verletzt die legalen Rechte und Interessen des Buddhismus“. Zwar sei oberflächlich gesehen das eigentliche buddhistische Eigentum, die Tempel selbst, nicht in dem Aktienpaket enthalten, doch sei der Buddhismus die wichtigste Ressource für die Anziehungskraft des Ortes, so der Artikel. Der Börsengang werde unvermeidlich zu einer Vulgarisierung des Buddhismus führen und seinem Ansehen schaden. Falls der Putuoshan erfolgreich an die Börse gehe, werde dies eine Kettenreaktion auslösen, andere buddhistische und daoistische Berge wie der Wutaishan, der Jizushan, der Wudangshan oder der Longhushan würden sicher folgen. Der Autor schrieb, der Börsengang stelle einen klaren Verstoß gegen die neuen staatlichen Bestimmungen dar. Er forderte die zuständigen Behörden auf, „die Sache angemessen lösen“. Im weiteren Verlauf des April stoppte die Putuoshan Tourism Development Company auf Aufforderung der Wertpapieraufsicht ihren Börsengang. – Zwei andere buddhistische Berge, der Emeishan in Sichuan und der Jiuhuashan in Anhui, sind seit 1997 bzw. 2015 börsennotiert. Im Sommer 2012 gab es schon einmal eine Diskussion um einen geplanten

Börsengang des Putuoshan (economist.com 26.04.; sueddeutsche.de 23.04.; Beitrag von der Website der CBV nach http://fo.ifeng.com/a/20180411/44945154_0.shtml; s.a. *China heute* 2012, Nr. 3, S. 151).

Islam

Frühjahr 2018:

Sinisierung in Ningxia: Vorgehen gegen arabisch-muslimische Architekturelemente

Im Autonomen Gebiet Ningxia gehört rund ein Drittel der Bevölkerung der chinesischsprachigen muslimischen Hui-Nationalität an. Nachdem *Global Times* bereits im September über das Vorgehen der Behörden gegen „pan-halal-Tendenzen“, u.a. durch Entfernung chinesisch-arabischer Beschilderungen, in Ningxia berichtet hatte, häuften sich in den letzten Monaten Berichte über Entfernung arabischer Stilelemente insbesondere von säkularen Gebäuden, aber teilweise auch von Moscheen in dem autonomen Gebiet. Wenn man heute von der Hauptstadt Yinchuan nach Süden fahre, sei „der Straßenrand nun übersät mit zwiebelartigen Kuppeln, grün, golden und weiß, frisch entfernt von Marktgebäuden, Hotels und Parks“, heißt es in einem Bericht der *South China Morning Post* (SCMP) vom 14. Mai. Laut SCMP war viel arabischer Dekor erst in den letzten zehn Jahren angebracht worden, als die Regierung von Ningxia mit der Hui-Kultur Touristen anlocken wollte. Die vielen neuen Moscheebauten im „arabischen“ Stil führte der Bericht nicht zuletzt darauf zurück, dass die meisten alten, im Stil chinesischer Tempel gebauten Moscheen in der Kulturrevolution zerstört worden seien. Neubauten im orientalischen Stil aus Beton seien billiger und geräumiger, sie würden von manchen Muslimen auch als „echter“ angesehen. Imame und regierungsnahen Quellen in Ningxia sagten der SCMP, dass Moscheeneubauten im arabischen Stil künftig nicht mehr erlaubt würden. – Die U.S.-basierte Organisation China Aid brachte am 20. Februar das Foto eines Parteidokuments der Großgemeinde Dazhanchang, der einen achtstufigen Maßnahmenplan des Kreises Zhongning in Ningxia für religiöse Stätten enthielt. Darin heißt es u.a., „arabische und saudische Gebäude sind zu entfernen, sinisierte Moscheen sind durchzuführen“ und „Minarette im arabischen Stil sind bis Ende März abzureißen“. In Yinchuan wurde laut SCMP wegen Lärmverschmutzung auch der Ruf des Muezzin verboten. Die Maßnahmen lösten bei den Hui in Ningxia die Sorge aus, dass in ihrer Region ähnlich repressive Maßnahmen zum Einsatz kommen könnten wie in Xinjiang (chinaaid.org 20.02.; SCMP 14.05.; UCAN 27.03.). – Im

April 2017 war auf einer Konferenz über Moscheebau in Xi'an das Problem der „Arabisierung“ im Moscheebau kritisiert worden (vgl. *China heute* 2017, Nr. 2, S. 78).

18. Mai 2018:

Sinisierung des Islam: Chinesische islamische Vereinigung (CIV) startet Aktion „Vier-Hinein“-Moscheen – alle Moscheen sollen Nationalflagge hissen

Mit einer Zeremonie an der Beijinger Dongs-Moschee und einem schriftlichen Aufruf an alle regionalen Islamischen Vereinigungen und Moscheen startete der offizielle Dachverband der Muslime die Aktion „Vier-Hinein“-Moscheen („四进清真寺“). Dem Aufruf der CIV zufolge sollen folgende vier Dinge in jede Moschee hinein: 1. Die Nationalflagge; 2. Verfassung, Gesetze und Rechtsnormen; 3. die sozialistischen Kernwerte; 4. die vorzügliche traditionelle Kultur Chinas. Die Nationalflagge soll in allen Moscheen, die die Voraussetzung dazu hätten, ganzjährig und deutlich sichtbar gehisst sein. Die Moscheen müssen Verfassung und Gesetze, insbesondere die Vorschriften für religiöse Angelegenheiten, studieren und das Verhältnis von staatlichem und religiösem Recht korrekt handhaben. Sie können auch einen Rechtsanwalt zum Schutz ihrer Rechte engagieren (!). Die sozialistischen Kernwerte müssen im Hof jeder Moschee plakatiert werden, damit die Gläubigen sie lernen; sie sollen durch Koranauslegung und Predigt ausgelegt und verbreitet und können durch wohlthätige Dienste praktiziert werden. Moscheen sollen sich für Besucher öffnen, sie können jemanden bestellen, der diesen Patriotismus, Friedensliebe, Toleranz, Achtung der Frau etc. im Islam vorstellt. Die traditionelle chinesische Kultur soll vom Klerus in Form der Klassiker studiert und in den Moscheeunterricht (*jingtang jiaoyu*, „Bücherhalterziehung“) aufgenommen werden. Die Werke der chinesischen muslimischen Gelehrten der Vergangenheit (gemeint sind die sog. „islamischen Konfuzianer“, *Huiru* 回儒) müssen im Moscheeunterricht und bei der Koranauslegung zu Rate gezogen werden. Soweit der Aufruf der CIV. – Bei der Eröffnung der Aktion sagte Wang Zuo'an, bisher Direktor des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten und jetzt Vizeminister der Einheitsfrontabteilung der KP, die „Vier Hinein“-Moscheen seien ein konkreter Beitrag zur Sinisierung des Islam. Laut *Xinhua* fanden ähnliche Eröffnungszereemonien für die „Vier-Hinein“-Moscheen in Gansu, Qinghai, Ningxia und Xinjiang statt – also in den nordwestlichen Provinzen mit hohem muslimischem Bevölkerungsanteil. Im Lauf des Juni weitete sich die Kampagne auf andere Landesteile und Religionen aus (Aufruf der CIV unter www.chinaislam.com).

net.cn/cms/news/jujiaoredian/201805/19-11988.html; AFP 21.05.; chinaislam.net.cn 19.05.; Xinhua 18.05.; zytzb.gov.cn 19.06.).

22. Mai und 6. Juni 2018:

Global Times berichtet über Kritik bezüglich Islam an Universitäten

Am 22. Mai berichtete die parteinahe *Global Times* über angeblich von Studenten der Northwest Minzu University in Lanzhou (Gansu) online erhobene Beschwerden, dass sie in ihren Prüfungsvorbereitungen von muslimischen Kommilitonen gestört würden, die (während des Ramadan) um 3.00 Uhr morgens auf dem Campus beten würden. Ein von *Global Times* befragter Sprecher der Universität erklärte dazu, die Universität verbiete jegliche religiöse Aktivitäten auf dem Campus, er sagte aber auch, „Studierende, außer Mitgliedern der KP und der Kommunistischen Jugendliga, haben das Recht, ihren Glauben gemäß dem Gesetz an religiösen Stätten außerhalb des Campus zu praktizieren“. – Ein Angestellter der Nanjing Agricultural University bestritt gegenüber *Global Times* (6. Juni), dass in dem von einem pakistanischen Doktoranden an der Universität erteilten Kurs über islamische Kultur Religion verbreitet worden sei – dies hatte die Marxismus-expertin Xi Wuyi von der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften am 30. Mai auf ihrem Blog moniert. Der Kurs sei vor einem halben Jahr eingestellt worden, weil der Dozent nicht zum Unterricht an chinesischen Hochschulen qualifiziert gewesen sei, so der Angestellte (*Global Times* 22.05.; 6.06.).

April / Mai / Juni 2018:

Neue Berichte bestätigen dramatisches Ausmaß der Umerziehungslager in Xinjiang

Nach Berichten von *Radio Free Asia* (RFA), Human Rights Watch u.a. werden seit April 2017 in Xinjiang im Zuge von Maßnahmen zur „De-Extremisierung“ massenhaft Uiguren und Kasachen ohne Gerichtsverfahren in Zentren für „Umerziehung“ (*jiaoyu zhuanhua* 教育转化) eingewiesen, die „starke religiöse Überzeugungen“ oder „politisch inkorrekte“ Ansichten zeigen (vgl. *China heute* 2017, Nr. 3, S. 154). Adrian Zenz von der European School for Theology and Culture in Korntal, Experte für chinesische Minderheitenpolitik in Tibet und Xinjiang, belegte im Mai 2018 das große Ausmaß der Umerziehungslager durch eine Studie. Darin wertete er zugängliche öffentliche Quellen aus, wie Online-Projektausschreibungen von Regierungen verschiedener Ebenen in Xinjiang für Bau oder Ausstattung von „Fortbildungszentren für Trans-

formation durch Erziehung“ oder ähnlich genannte Fazilitäten sowie Stellenausschreibungen. Zenz kam zu dem Schluss, dass man konservativ geschätzt von rund 200.000 in Xinjiangs Umerziehungslagern Einsitzenden ausgehen könne; es könnten auch knapp über 1 Mio. sein. Es sei möglich, so Zenz, „dass Xinjiangs gegenwärtiges Umerziehungssystem in Größe und Kapazität das gesamte frühere [2013 abgeschaffte] chinesische System der Umerziehung durch Arbeit übersteigt.“ – Die dramatische Zunahme der Umerziehungsmaßnahmen in Xinjiang wird allgemein auf Chen Quanguo zurückgeführt, der im August 2016 Parteisekretär von Xinjiang wurde (Adrian Zenz, Studie vom Mai 2018: www.academia.edu/36638456/_Thoroughly_Reforming_them_Toward_a_Healthy_Heart_Attitude_-_Chinas_Political_Re-Education_Campaign_in_Xinjiang; AP 18.05.; AP nach SCMP 17.05.; *AsiaNews* 13.04.; *Deutsche Welle* 20.06., <https://p.dw.com/p/2zucA>; rfa.org 14.,27.06.; *Reuters* 18.04.; SCMP 2.04.; *Washington Post* 16.05.; *Xinhua* 13.03.). – Siehe den Beitrag in den Informationen.

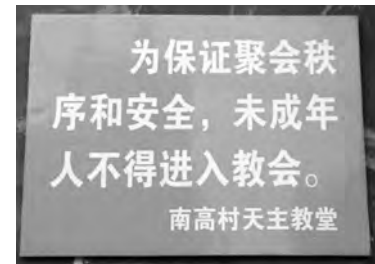
Christentum allgemein

April 2018:

Dramatische Zunahme des Vorgehens gegen christliche Kirchen in der Provinz Henan – Verbot des Zutritts zu Kirchen für Minderjährige

Aus Henan häufen sich Berichte, dass die Behörden die Teilnahme von Kindern an christlichen Gottesdiensten und am Religionsunterricht verbieten, gegen nicht registrierte Gemeinden vorgehen, Kreuze demontieren u.v.a.m. Betroffen sind protestantische wie katholische Gemeinden und auch die offiziellen Kirchen. Zur Begründung für den plötzlichen Druck, der Anfang Februar einsetzte und sich (zumindest nach katholischen Meldungen) im April noch deutlich verstärkte, verwiesen Berichte darauf, dass Henan die Provinz Chinas mit den meisten protestantischen Christen sei und dass die Hauskirchen dort schnell wachsen. Katholischerseits gehört laut *AsiaNews* die Kirche dort überwiegend dem Untergrund an. UCAN verwies auf Gerüchte, dass der seit Mitte März amtierende neue Parteisekretär Henans, Wang Guosheng, die Provinz binnen eines Jahres neu ausrichten wolle, nachdem sein Vorgänger u.a. wegen der vielen christlichen Kirchen in den Armutskreisen Xihua und Luoxi und der Zunahme der Hauskirchen in Kritik geraten sei. Ying Fuk-tsang von der School of Divinity der Chinese University of Hong Kong wiederum schrieb, nach seiner Beobachtung behördlicher Meldungen aus Henan werde der Crackdown gegen

Korr. 20.07.2018: Der Kreis heißt Luoning, nicht Luoxi.



Schild an einer Kirche in Henan mit der Aufschrift: „Um die Ordnung und Sicherheit der Versammlung zu gewährleisten, dürfen Minderjährige die Kirche nicht betreten. Katholische Kirche des Dorfes Nangaocun“. Foto: UCAN.

die Christen der Provinz seit zwei Jahren (also etwa seit der Nationalen Konferenz zur Religionsarbeit 2016) vorbereitet. Ying zufolge sieht sich die Partei im „Kampf um die nächste Generation“. – Das Verbot der Gottesdienstteilnahme Minderjähriger ist durch kein bekanntes Gesetz gedeckt (*America Magazine* 1.05.; china.ucanews.com 19.04.; la-croix.com 4.05.; rfa.org 19.04.; UCAN 18.04.; 10.,11.,24.05.). Vgl. *China heute* 2017, Nr. 3, S. 154-155; 2018, Nr. 1, S. 11-12, 14-15 sowie den Beitrag in den Informationen.

4. April 2018:

Apple Daily: Bibeln verschwinden aus Online-Shops

Nach einem Bericht der Hongkonger Zeitung *Apple Daily* (*Ping Kuo Jih Pao*) hat die chinesische Regierung offensichtlich den Verkauf von Bibeln durch Online-Shops gestoppt. Die Bibel sei in vielen Online-Shops wie Taobao, JD.com, Weidian, Dang Dang Wang, Amazon.cn nicht mehr erhältlich, so *Apple Daily*, auch nicht die von den offiziellen Kirchen gedruckten Versionen. – Die Bibel wird zwar in China gedruckt, konnte aber bislang nicht in kommerziellen, sondern nur in kirchlichen Buchläden bzw. online käuflich erworben werden. Die Aktion steht sicherlich auch im Zusammenhang mit den neuen gesetzlichen Vorschriften zu den Religionen und verschärftem Druck insbesondere auf das Christentum und den Islam (*Apple Daily* 4.04. nach *BBC Monitoring*; nytimes.com 5.04.).

7. April 2018:

Einzige „funktionierende“ orthodoxe Kirche Harbins wird nach Renovierung wieder für den Gottesdienst geöffnet

Die Pokrow-Kirche in Harbin war seit 2014 wegen Renovierung geschlossen. Der Eröffnungsgottesdienst mit hundert Gläubigen wurde von Priester Yu Shi gehalten, der 2015 nach dem Studium in Sankt Petersburg mit Erlaubnis des chinesischen Religionsbüros für den Einsatz in China geweiht worden war. „In der Frage der orthodoxen Kirche haben China und Russ-

land keine Prinzipien-Probleme“, zitierte die *Global Times* Zhang Baichun, Experte für die orthodoxe Kirche an der Beijing Normal University. Es gebe noch einige kleinere Fragen zu lösen, wie die Frage der Priesterweihe, der Entsendung von mehr Theologiestudenten nach Russland sowie von orthodoxen Gottesdiensten in einigen Städten, so Zhang. Die orthodoxe Kirche ist in China bisher nur lokal an einigen Orten staatlich zugelassen (*Global Times* 11.04.). – Zur Pokrow-Kirche und anderen orthodoxen Kirchen in Harbin siehe den Beitrag von Piotr Adamek in den Historischen Notizen.

Protestantismus

Ende März bis Juni 2018:

China Aid: Meldungen über Regierungsmaßnahmen gegen protestantische Gemeinden in Henan

Wie die in den USA ansässige Organisation China Aid unter Berufung auf Christen vor Ort berichtete, gehen die Behörden in Henan seit 1. Februar gegen Hauskirchen vor, bis 19. März 2018 seien 100 Hauskirchen in der Stadt Nanyang geschlossen worden. Am 26. Mai meldete China Aid, dass an Hauskirchen in Henan und Anhui Formulare zur Registrierung als religiöse Stätten verteilt würden. Anfang Juni berichtete die Organisation, dass die Kreisregierung von Ningling die Abnahme aller Kirchenkreuze angeordnet habe. Die Zerstörung christlicher Dekorationen, wie Fliesen mit der Aufschrift „Emanuel“ an der Außenseite von Häusern, wurde gemeldet, ein Christ schrieb, auch in den Häusern würden Beamte nun christliche Bilder abreißen, so das im Schlafzimmer seiner Mutter. Im Kreis Lushan versammelte die Religionsbehörde 700 Prediger der registrierten „Drei-Selbst-Kirchen“ und forderte sie auf, die „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ zu studieren, den Prozentsatz der Kirchen mit gehisster Nationalflagge von 95% auf 100% zu erhöhen und den Kirchbesuch von Kindern unter 18 Jahren zu verbieten, so China Aid Mitte April; auch hätten die lokalen Religionsbehörden in den Dörfern spezielle Teams mit der Überwachung der religiösen Aktivitäten beauftragt und die Dorfkader seien nun verantwortlich für die Verwaltung derselben. Sonntagsschulen in den offiziellen Kirchen seien von den Behörden eingestellt worden, so ein weiterer Zeuge. Es wurde laut China Aid auch von Fällen berichtet, dass Behörden unter Androhung von Konsequenzen Christen zur Aufgabe ihres Glaubens zu bewegen versuchten, wie z.B. dass Sozialhilfe für die Sicherung des Existenzmini-

mums oder Rente gestrichen, Kinder nicht mehr in die Schule gelassen, Beamte aus ihrer Stelle entlassen oder Familienbetriebe beeinträchtigt würden (chinaaid.org 26.03.; 10.,11.,18.,30.04.; 26.05.; 3.06.).

27./28. März 2018:

„Abriss des Fünfjahresarbeitsplans zum Vorantreiben der Sinisierung des protestantischen Christentums in China (2018–2022)“ wird veröffentlicht

Das umfangreiche, vom Nationalen Komitee der Drei-Selbst-Bewegung der protestantischen Kirchen in China und vom Chinesischen Christenrat unterzeichnete Dokument ist auf Dezember 2017 datiert. Am 27./28. März hielten diese zwei protestantischen Leitungsgremien in Nanjing eine Startzeremonie für den „Fünfjahresarbeitsplan“ ab. Anwesend waren auch Vertreter des Staatlichen Religionsbüros und der Einheitsfrontabteilung der KPCh. – Von der internationalen Berichtserstattung über den Fünfjahresarbeitsplan wurden besonders die Passagen beachtet, die sich auf die Bibel beziehen. So findet sich in Kapitel 2 unter den „Hauptaufgaben“: „Aus der Bibel die Inhalte hervorgraben, die mit den sozialistischen Kernwerten in Einklang stehen, und mit vereinten Kräften einen leicht verständlichen Reader erstellen [...]“, sowie: „Es müssen bewusst Bibelwissenschaftler herangebildet werden, um eine solide Basis dafür zu legen, dass eine Neuübersetzung der Bibel oder die Kompilierung [neuer] Bibelkommentare in Angriff genommen werden kann.“ Als Aufgabe für das Jahr 2019 sieht der Plan u.a. vor, das Jubiläum 100 Jahre Union Version der chinesischen

Bibel „mit einer Sinisierung der Bibelexegese [zu] verbinden. Die Kompilierung eines von chinesischen Christen geschriebenen Bibelkommentars in Angriff nehmen, um dem Vorantreiben der Sinisierung des Christentums eine theologische Stütze zu bieten.“ Die Rolle von christlicher Musik und Kunst wird ebenfalls hervorgehoben. Der Fünfjahresarbeitsplan enthält auch rein politische Vorhaben, z.B. für 2021 die Feier des 100. Gründungstags der KP Chinas (Text des 推进我国基督教中国化五年工作规划纲要 [2018–2022] unter www.ccctspm.org/newsinfo/10284, englische Übersetzung unter www.ucanews.com/news/protestant-five-year-plan-for-chinese-christianity/82107).

10.–11. Mai 2018:

Chinesisch-deutsche interreligiöse Konsultation in Shanghai

Am 10. und 11. Mai lud der Chinesische Christenrat (Chinese Christian Council, CCC) zu einer chinesisch-deutschen interreligiösen Konsultation zum Thema „Unterschiedliche Religionen – gemeinsame Zukunft“ nach Shanghai ein. Eine 15-köpfige Delegation aus Deutschland, bestehend aus Repräsentanten von evangelischer und katholischer Kirche, dem Islamverband DITB, zudem aus Politik und Wissenschaft, bildete den deutschen Teil der Konsultation. Er wurde lokal ergänzt durch Mitarbeitende des Konsulats und Leitende der deutschsprachigen Gemeinden in Shanghai und Beijing. Von chinesischer Seite waren Vertreter aller fünf offiziell anerkannten Religionen dabei, sowie Beamte der Religionsbehörde, der Shanghaier Stadtverwaltung, der Wissenschaft und der Amity Foundation,



Die deutschen Teilnehmer der interreligiösen Konsultation zu Besuch im Staatlichen Büro für religiöse Angelegenheiten (BRA) in Beijing, Mai 2018. Die beiden BRA-Vertreter in der 1. Reihe sind Yu Bo (3. v.l.) und Xiao Hong (5. v.l.). Foto: China-Zentrum.

insgesamt 23 Personen. Alle Rede- und Diskussionsbeiträge wurden vom Team für Auslandskontakte des CCC simultan übersetzt. Nach der eigentlichen Konsultation waren die deutschen Delegierten von Amity Foundation in Nanjing und von der Religionsbehörde in Beijing zu einem umfangreichen Rahmenprogramm eingeladen, das am 15. Mai endete. – Die Veranstaltung war eine Fortführung der Deutsch-chinesischen interreligiösen Konsultation in Hamburg und Berlin vom 8.–11. Mai 2016; vgl. *China heute* 2016, Nr. 2, S. 78-79. Isabel Hess-Friemann

4. Juni 2018:

Tod des evangelischen Theologen Chen Zemin

Im Alter von 101 Jahren verstarb der langjährige Studienleiter des Vereinigten Theologischen Jinling-Seminars in Nanjing (Nanjing Union Theological Seminary, NJUTS) und enge Weggefährte Bischof K.H. Tings. Professor Chen strebte eine einheimische chinesische Theologie an. Die meisten der heute führenden Personen in den kirchlichen Strukturen und Ausbildungsstätten des Chinesischen Christenrats sind durch seine Schule gegangen (siehe den Nachruf in den Informationen).

11. Juni 2018:

AsiaNews: Neue Welle von Verhaftungen und Abschiebungen koreanischer Missionare

AsiaNews berichtet, dass in Wenzhou erneut zwei südkoreanische protestantische Missionare verhaftet wurden, die dort als „Untergrund-Pastöre“ in einer Kirche tätig waren, die nicht zur „Drei-Selbst-Bewegung“ gehört. Die Kirchenräume seien von der Polizei durchsucht und für eine Woche geschlossen wurden. Im vergangenen Monat allein wurden laut *AsiaNews* 30 koreanische Missionare im Autonomen Gebiet Ningxia und den Provinzen Shanxi, Hebei und Henan verhaftet und vor Gericht gebracht. Die Webseite von *Christian Today* gibt die Zahl der derzeit in Festlandchina arbeitenden koreanischen Missionare mit über 4.000 an. Seit April, so schreibt *AsiaNews*, hat die Regierungsbehörde für Religiöse Angelegenheiten die Kontrollen von ausländischen Gläubigen intensiviert, mit einer klaren Fokussierung auf Missionare aus Südkorea. Pastor Eric Foley von Voice of the Martyrs Korea wird von *AsiaNews* zitiert, dass sich in den vergangenen 18 Monaten die Razzien von koreanisch-missionarischen Aktivitäten stark vermehrt hätten. Zwischen 2013 und 2017 seien ca. 1.000 Missionare des Landes verwiesen worden und es würden wahrscheinlich noch viel mehr werden, wenn die seit 1. Februar geltenden neuen

Vorschriften voll umgesetzt werden (*AsiaNews* 11.06.).

Katholische Kirche

19. März 2018:

Innere Mongolei: Untergrundpriester muss Gemeinde verlassen und als Bauer arbeiten

Untergrundpriester Ding Zhanmin, Pfarrer in Beishaliang in der Diözese Hohhot in der Inneren Mongolei, wurde – wie *AsiaNews* berichtete – am 19. März von Beamten des Religionsbüros des Bezirks Baotou gezwungen, seine Gemeinde zu verlassen, und nach Xilin Gol (ebenfalls Innere Mongolei) eskortiert, wo er als Bauer arbeiten soll. Vertreter der Einheitsfront hatten mittels Drohungen und Bestechungsgeldern wiederholt erfolglos versucht, Priester Ding zum Eintritt in die Patriotische Vereinigung zu bewegen. Die Gemeinde von Priester Ding sollte anschließend von der offiziellen Kirche übernommen werden. Nach Aussagen von Zeugen im Umfeld des Priesters – so *AsiaNews* – würden die Untergrundpriester dazu gedrängt, der Patriotischen Vereinigung beizutreten; dabei werde betont, dass „selbst der Heilige Stuhl Kompromisse eingegangen“ sei. *AsiaNews* führt aus: „Seit der sogenannte Dialog zwischen China und dem Heiligen Stuhl auf den Weg gebracht wurde, hat sich tatsächlich das Gerücht verbreitet, dass die Mitgliedschaft in der Patriotischen Vereinigung kein Problem mehr darstellt.“ Viele Priester der Untergrundkirche hätten den Heiligen Stuhl um Klärung gebeten, aber keine Antwort erhalten. Priester Ding war bereits einmal im Januar 2012 zusammen mit weiteren vier Priestern verhaftet worden (*AsiaNews* 26.03.).

25. März 2018:

Chinesische Katholiken spenden für Katastrophenhilfe

Nachdem am Palmsonntag 2017 bei dem ersten landesweiten Spendentag von den chinesischen Katholiken in 21 Diözesen insgesamt 157.000 Euro für die Katastrophenhilfe gespendet worden waren, wurde die von Jinde Charities unterstützte Aktion an diesem Palmsonntag, dem 25. März, erneut durchgeführt. Die im vergangenen Jahr gesammelten Gelder wurden von Jinde für Material, Gesundheitsfürsorge, psychologische Unterstützung und Wiederaufbau in den Regionen Hunan, Jilin, Guizhou und Hualien (Taiwan) eingesetzt (*Fides* 6.04.; vgl. *China heute* 2017, Nr. 1, S. 17).

26. März 2018:

Bischof Vincent Guo Xijin von Mindong kurzzeitig von Behörden „weggebracht“

Am Montag der Karwoche wurde der „Untergrund“-Bischof mit seinem Sekretär

nach einem Gespräch mit dem lokalen Religionsbüro zu Hause abgeholt, er konnte einen Tag später oder jedenfalls vor Ostern in die Diözese zurückkehren. Laut einer von *UCAN* zitierten lokalen Quelle wollten die Behörden verhindern, dass Bischof Guo mit der Priesterschaft der Diözese am Gründonnerstag die Chrisam-Messe feiert, weil dies seine Autorität als Bischof zum Ausdruck gebracht hätte. An Ostern 2017 war Bischof Guo zwanzig Tage lang verschleppt. Im Januar hatte es nicht offiziell bestätigte Meldungen gegeben, dass der Vatikan Bischof Guo gebeten habe, als Ortsbischof zurückzutreten, damit der kirchlich illegitime Bischof von Mindong, Zhan Silu, vom Papst anerkannt werden könne (vgl. *China heute* 2018, Nr. 1, S. 4-5, 16-17) (*AsiaNews* 27.03.; *nytimes.com* 3.04.; *UCAN* 28.03.).

Ab 1. April 2018:

In der Provinz Henan stoppen Behörden an zahlreichen Orten den Kirchbesuch von Minderjährigen – Druck von Schulen

Nach einer von *AsiaNews* am 20. April veröffentlichten Liste (s.u.) holte in der Diözese Zhengzhou Regierungspersonal am 1. April – Ostersonntag – während der Messe die Kinder aus der Kirche und bewacht seither jeden Sonntag die Kirchentüren, um Kindern den Zutritt zu verwehren. An der Kirche von Qixian in der Diözese Kaifeng und der Kathedrale von Anyang wurden Plakate mit der Aufschrift „Zutritt für Minderjährige verboten“ angebracht, auch dort kontrolliert Polizei jeden Sonntag die Kirchentüren. In der Diözese Anyang wurde ferner ein katholischer Kindergarten geschlossen und Eltern wurden aufgefordert, ihren Glauben in der Schule ihrer Kinder zu registrieren. In einer Kirche der Diözese Xinxiang wurden 18. April Kinderbibeln konfisziert – heißt es in der Liste. – Laut *UCAN* verschickten zwei Grundschulen in Linzhou und in Xingyang, Provinz Henan, am 11. und 12. April einen „offenen Brief an alle Eltern von Grund- und Mittelschülern der Stadt“. Darin hieß es mit Verweis auf das Prinzip der Trennung von Erziehung und Religion, Religion dürfe sich nicht in die Erziehung der Bürger und die öffentliche Erziehung einmischen; wenn Organisationen oder Einzelpersonen Minderjährige anleiten, unterstützen oder ihnen erlauben, an eine Religion zu glauben oder an religiösen Aktivitäten teilzunehmen, seien dies gesetzwidrige Handlungen (*AsiaNews* 20.04.; *china.ucanews.com* 17.04.; *rfa.org* 19.04.; *UCAN* 18.,20.04.).

8. April 2018:

Bekanntmachung der offiziellen katholischen Leitungsgremien der Provinz Henan verbietet Religionsunterricht und Kirchbesuch für Minderjährige – „rote Linie“, die ernst genommen werden muss

Die offiziellen katholischen Leitungsgremien – Patriotische Vereinigung [PV] und Kommission für kirchliche Angelegenheiten – der Provinz Henan gaben bekannt, dass in der ganzen Provinz jegliche Form von Religionsunterricht für Minderjährige verboten sei und Gläubige ihre Kinder nicht zum Gottesdienst in die Kirche mitnehmen dürften. Dabei verwiesen sie auf eine Forderung der Provinzregierung vom 3. April zur Trennung von Erziehung und Religion. In der Vergangenheit sei es in diesen Fragen hauptsächlich um „Propaganda und Erziehung“ gegangen, jetzt aber seien sie eine „rote Linie“ und müssten unbedingt ernst genommen werden, sonst werde die betreffende Stätte geschlossen und der Status des religiösen Amtsträgers annulliert – heißt es in dem Rundschreiben vom 8. April, das sich an die untergeordneten katholischen Leitungsgremien von Henan richtet (siehe Wortlaut in der Dokumentation). *Radio Free Asia* befragte Priester Wang Yuesheng, den Vorsitzenden der PV von Henan; dieser verwies erst auf das Prinzip der Trennung von Erziehung und Religion, sagte dann aber auf Nachfrage, sie hätten sich in dieser Sache bereits mit der Zentralregierung in Verbindung gesetzt und „wir werden den Kampf um unsere Rechte nicht aufgeben“, die Sache habe zwei Seiten (*AsiaNews* 17.04.; *rfa.org/cantonese* 19.04.).

20. April 2018:

AsiaNews veröffentlicht Appell mit Liste von Übergriffen auf die katholische Kirche in Henan

Der Aufruf mit Bitte um Gebet für die katholische Kirche in Henan, der auch in den katholischen chinesischen Netzwerken verbreitet wurde, listete Übergriffe der Behörden auf Kirchen in 7 der 10 Diözesen der Provinz auf, über die auch *UCAN* berichtete. Neben dem Verbot des Kirchbesuchs Minderjähriger (s.o. Eintrag vom 1. April 2018) wurden in dieser Liste u.a. folgende Vorfälle aufgeführt: Am 17. April wurde im Dorf Hutuo, Stadt Gongyi in der Diözese Luoyang eine Kirche, in der ein Untergrundpriester residierte, abgerissen, der Priester vertrieben und das in Hutuo befindliche Grab des Bischofs von Luoyang im Untergrund, Li Hongye (1920–2011), zerstört. Mehrere Kreuze in der Provinz wurden zwangsenteignet. In der Diözese Puyang wurde eine Kirche zerstört, Beamte im Kreis Qingfeng



Das Grab von Bischof Li Hongye in Hutuo wurde am 17. April 2018 völlig zerstört. Foto: *UCAN*.

zwangen Gemeindevorsteher, Namen und persönliche Daten der Gemeindeglieder zu melden. In der Diözese Shangqiu gingen Behördenvertreter von Haus zu Haus und verkündeten, man dürfe jetzt nicht mehr an eine Religion glauben, wer an eine Religion glaube, dessen Kinder dürften nicht zur Schule gehen, den Alten würde die Beihilfe gekürzt, und wer dann immer noch nicht gehorche, verliere Amt und Arbeit – hieß es in der Liste. – Am 24. April wurde in der Diözese Zhumadian (der achten Diözese Henans, aus der Übergriffe gemeldet wurden) die nicht registrierte katholische Kirche von Gadazhang, deren Pfarrer offiziell registriert ist, von den Behörden versiegelt. Laut *AsiaNews* existiert die katholische Kirche in Henan v.a. im Untergrund, es gibt in der Provinz nur einen von der Regierung anerkannten Bischof, Bischof Zhang Yinlin von Anyang, mehrere Bischofssitze sind vakant (*AsiaNews* 20.04.; *china.ucanews.com* 17.,18.,19.04.; *UCAN* 18.,20.,25.04.).

Mai 2018:

Statue von chinesischem Heiligen demontiert

Kurz nachdem in einer feierlichen Zeremonie unter Anteilnahme von 35 Priestern und zahlreichen Gläubigen am 3. Mai 2018 bei der Dongdongtou-Kirche in der Pfarrei Yongnian, Diözese Handan (Provinz Hebei), die Statue des Heiligen Johannes Wu Wenyin aufgestellt worden war, musste diese wieder entfernt werden. Wu Wenyin wurde 1850 im Dorf Dongdongtou geboren und war Katechist in der Gemeinde. Er wurde während des Boxeraufstandes 1900 gefoltert und hingerichtet. Am 1. Oktober 2000 sprach ihn Papst Johannes Paul II. in Rom heilig. Er ist der einzige Heilige der Diözese Handan. – Nach einer *UCAN* bekannten Quelle hätten die Behörden die Kirche dazu gedrängt, die Statue wieder abzubauen, nachdem die Aufstellung einen Aufruhr im Internet erzeugt habe. Dies wird als weiterer Schritt in Richtung zunehmender Repressalien gewertet (*Fides* 17.05.; *UCAN* 24.05.).

15. Mai 2018:

Größte Kathedrale in Nordchina eingeweiht

In Chengde in der Provinz Hebei wurde für 11 Mio. US\$ (70 Mio. Yuan) ein Komplex mit Kathedrale, Schwesternkonvent und Bischofsresidenz für Bischof Guo Jincai errichtet. Bischof Guo ist bislang nicht von Rom anerkannt, zählt aber zu den sieben Bischöfen, die nach Abschluss eines sino-vatikanischen Abkommens legitimiert werden sollen. Der Großteil der Kosten des 15.000 qm umfassenden Komplexes wurde mit Geldern der katholischen patriotischen Vereinigung der Provinz Hebei sowie der katholischen Administrativkommission von Hebei beglichen. Die Provinz Hebei zählt 1 Mio. Katholiken, die Diözese Chengde 30.000, die meisten davon sind Bauern. – Bischof Guo stand der Einweihungsmesse am 15. Mai vor, bei der zehn Bischöfe konzelebrierten: neben Bischof Guo waren dies der ebenfalls von Rom nicht anerkannte Bischof Ma Yinglin (Vorsitzender der Bischofskonferenz) sowie die anerkannten Bischöfe Fang Xingyao, Shen Bin, Meng Qinglu, Fang Jianping, Li Shan, Pei Junmin und Yang Yongqiang (alle Vizevorsitzende der Patriotischen Vereinigung oder/und der Bischofskonferenz) sowie Bischof Sun Jigen von Handan. Über 800 Gläubige sowie Regierungsvertreter nahmen an der Zeremonie teil. – Nach der Messe fand ein Symposium statt, bei dem Regierungsbeamte – laut *UCAN* – die Hoffnung ausdrückten, die Diözese Chengde unter der Führung von Bischof Guo möge weiterhin die Fahne der „Liebe zum Land und zur Kirche“ hochhalten und sich an das Prinzip der Unabhängigkeit halten sowie die Sinisierung vorantreiben. Bischof Guo sprach davon, dass der neue Komplex die Fürsorge und Unterstützung von Partei und Regierung für patriotische religiöse Gemeinschaften und Personen widerspiegelten. Er beteuerte, dass er den Richtlinien von Präsident Xi Jinpings sozialistischer Ideologie in der neuen Ära folgen werde (*UCAN* 25.05.).

16./17. Mai 2018:

„Fünfjahres-Entwicklungsabriss zur Sinisierung des Katholizismus“ von Chinesischer katholischer patriotischer Vereinigung und Bischofskonferenz verabschiedet

Ein „Fünfjahres-Entwicklungsabriss zur Sinisierung des Katholizismus“ (天主教中国化五年发展纲要) wurde auf der 4. Gemeinsamen Versammlung der Verantwortlichen der 9. Amtsperiode der Chinesischen katholischen „Eine Vereinigung Eine Konferenz“ nach Diskussion per Akklamation angenommen. Es handelte sich offenbar schon um eine revidierte Fassung, denn Änderungen wurden erläutert. Über den

Inhalt des Dokuments wurde weiter nichts bekannt (chinacatholic.cn 22.05.).

5. Juni 2018:

Behörden zerstören Kreuzweg in der Diözese Anyang, Provinz Henan

Die 14 Kreuzwegstationen aus Schiefer mit Darstellungen der Leiden Jesu im chinesischen Stil wurden mit Baggern u.a. schwerem Gerät von den Behörden zwangsentfernt. Der Kreuzweg führte zur Pilgerstätte Unsere Liebe Frau vom Karmel, laut *UCAN* der einzigen katholischen Wallfahrtsstätte in der Provinz. Die Wallfahrtskirche im Dorf Tianjiajing, Linzhou, war 1903–1905 auf Anordnung des damaligen Apostolischen Vikars von Nord-Henan, Stefano Scarsella PIME, zum Dank für die Bewahrung vor den Gefahren des Boxeraufstands von 1900 errichtet worden. Die Kirche wurde von den Japanern im 2. Weltkrieg sowie während der Kulturrevolution schwer beschädigt. Später pilgerten wieder viele Katholiken zu der Stätte, laut *UCAN* sollen es am 16. Juli 1986 rund 10.000 Pilger aus 3 Provinzen gewesen sein, woraufhin die Regierung von Henan 1987 die Wallfahrtsstätte als illegal erklärt und nur noch wenige Pilger zugelassen habe (*AsiaNews* 9.06.; *UCAN* 8.06.).

12./13. Juni 2018:

Chinesische katholische patriotische Vereinigung und Bischofskonferenz halten Sitzung zu theologischen Seminaren

Die Sitzung zur „Seminararbeit“ in Chengdu hatte zum Ziel, den „Kurs einer Lehre der unabhängigen, autonomen und selbstverwalteten Kirche“ an den Seminaren zu verstärken – heißt es in dem Bericht auf der Website der beiden Gremien. Als erstes stand ein Erfahrungsaustausch über die politische Erziehung an den Priesterseminaren auf der Tagesordnung. Anschließend befasste man sich (angesichts zurückgehender Berufungen) erstmals mit „Berufungsforschung“. Neben führenden Vertretern des offiziellen katholischen Doppelgremiums nahmen Verantwortliche von 9 katholischen theologischen Seminaren (Orte wurden nicht genannt) sowie Vertreter des Staatlichen Religionsbüros sowie der Einheitsfrontabteilung des ZK an der Sitzung teil (chinacatholic.cn 20.06.).

15. Juni 2018:

Bischof Josef Li Mingshu von Qingdao verstorben

Der Bischof der Diözese Qingdao in der Provinz Shandong starb im Alter von 93 Jahren. Er wurde am 13. August 2000 mit Zustimmung des Vatikans sowie der chi-

nesischen Regierung zum dortigen Bischof geweiht. Die Diözese Qingdao war früheres Missionsgebiet der Steyler Missionare. Heute zählt die Diözese 12 Priester und eine Ordensgemeinschaft mit 12 Schwestern. Die Nachfolge von Bischof Li ist noch nicht geregelt (siehe den Nachruf in den Informationen).

Sino-vatikanische Beziehungen

22.–23. März 2018:

Symposium „Christianity in the Chinese Society: Impact, Interaction and Inculturation“ an der Päpstlichen Gregoriana

Religionswissenschaftler aus staatlichen Akademien und Universitäten der Volksrepublik China, westliche Sinologen sowie Theologen der Päpstlichen Universität Gregoriana und des Holy Spirit Seminary in Hongkong hielten Vorträge. Bischof Yang Xiaoting von Yulin, ein Vizevorsitzender der offiziellen chinesischen Bischofskonferenz, thematisierte laut *UCAN* die Vorbildfunktion der katholischen Kirche in der chinesischen Gesellschaft durch ihre sozialen Dienste, dies sei eine wichtige Form der Adaption. Kardinal John Tong (Hongkong) sprach in seiner Willkommensrede über die Unverzichtbarkeit des Dialogs. Unter den Teilnehmern waren auch Erzbischof Paul Richard Gallagher, Sekretär des Heiligen Stuhls für die Beziehungen mit den Staaten (er hielt eine Rede), und Erzbischof Claudio Maria Celli, der Berichten zufolge zumindest die letzte Vatikandelegation nach Beijing geleitet haben soll. Mitveranstalter war laut Programm die Yuan Dao Study Society aus Hongkong, die in den letzten Jahren katholischerseits solche Konferenzen zwischen katholischen und chinesischen Wissenschaftlern und chinesischen Religionspolitikvertretern bereits in Hongkong und Beijing mitorganisiert hat. In dieser Zusammensetzung und an diesem Ort war das Symposium sicher etwas Neues. Es wurde, so *America Magazine*, „von Beobachtern als klares Zeichen der Verbesserung der sino-vatikanischen Beziehungen gesehen“ (*America Magazine* 28.03.; *Hong Kong Sunday Examiner* 14.04.; *UCAN* 28.04.; *Vatican Insider* 22.03.; Plakat und Programm der Konferenz).

Ende März:

Medien spekulieren über „Karwochen-Deal“ zwischen China und dem Vatikan

Die Spekulationen gingen zum einen auf einen Blogbeitrag von Kardinal Joseph Zen (Hongkong) zurück, der am 15. März geschrieben hatte, er werde erst aufgeben, wenn „die unglückliche Unterzeichnung passiert, was Gerüchten zufolge am 23. oder 27. März sein wird“. Auf der anderen Seite zitierte die chinesische parteinabe-

Global Times am 28. März Bischof Guo Jincai mit den Worten, ein Abkommen könnte schon Ende dieses Monats unterzeichnet werden, die Verhandlungen hätten das „Endstadium“ erreicht und der Zeitpunkt hänge von „technischen Fragen“ ab. Guo ist Generalsekretär der offiziellen chinesischen Bischofskonferenz und einer der sieben vom Papst nicht anerkannten Bischöfe. *Global Times* schrieb aber auch, dass Wang Meixiu von der Chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften Guos Optimismus nicht teile, zum einen wegen Klärungsbedarf in der Frage der illegitimen Bischöfe, zum anderen da, so Wang, „rechtliche und politische Änderungen in China auch in die Überlegungen einbezogen werden müssen“. Die Zeitung verwies dabei auf die neuen „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ und die Übernahme der Aufgaben des Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten durch die Einheitsfrontabteilung der Partei. Am 28. März sagte Lu Kang, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, China sei bereit, dem Vatikan auf halbem Weg entgegenzukommen, um einen konstruktiven Dialog zu fördern (*CNN* 1.04.; *globaltimes.cn* 28.03.; *UCAN* 21.03.; 4.04.).

29. März 2018:

Pressesprecher des Heiligen Stuhls dementiert, dass der Vatikan kurz vor der Unterzeichnung eines Abkommens mit Beijing steht

Vatican News meldete dies und schrieb: „In Antwort auf Fragen von Journalisten am [Grün-]Donnerstag sagte Greg Burke, es gebe kein ‚unmittelbar bevorstehendes‘ Abkommen zwischen dem Heiligen Stuhl und der Volksrepublik China. Er fügte hinzu, dass Papst Franziskus in ‚ständigem Kontakt‘ mit seinen Beratern über die Situation der Kirche in China bleibe und den Fortschritt verfolge, der im Dialog zwischen den beiden Seiten stattfindet“ (*Vatican News* 29.03.).

3. April 2018:

Sino-vatikanische Beziehungen auf der Pressekonferenz über das Weißbuch des Staatsrats zur Glaubensfreiheit

Auf der internationalen Pressekonferenz wurden viele Fragen zu den Verhandlungen zwischen Beijing und dem Vatikan gestellt. Chen Zongrong und Xiao Hong als Vertreter des bisherigen Staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten beschränkten sich zunächst auf die Linie, dass es einen effektiven Kanal für den Dialog gebe und dass China bereit sei, durch konstruktiven Dialog die Beziehungen zu verbessern. Als ein Journalist von *Lianhe Zaobao* (Singapur) sagte, einige Katholiken fühlten sich in ihrer Religionsfreiheit eingeschränkt, weil die Regierung dem Papst nicht erlaube,

in China Bischöfe zu ernennen, erklärte Chen, Chinas Verfassung mache dazu klare Vorgaben. „Chinas religiöse Organisationen und Angelegenheiten unterstehen keiner ausländischen Kraft. Das bedeutet, dass ausländische Organe sich in keiner Weise in die religiösen Angelegenheiten Chinas einmischen dürfen“, sagte Chen. Er könne dem nicht zustimmen, dass es die Freiheit des religiösen Glaubens einschränke, „wenn wir nicht zulassen, dass Rom das Recht auf Ernennung der Bischöfe vollständig kontrolliert“ (english.scio.gov.cn 3.04.).

30. April 2018:

Weniger optimistische Töne von Kardinalstaatssekretär Pietro Parolin im Interview mit *Vatican Insider*

Im Dialog mit der chinesischen Regierung gebe es Erfolge und Rückschläge; es sei wichtig weiterzumachen, so Parolin. „Wenn die Regierung nicht kommunistisch wäre und Religionsfreiheit respektieren würde, bestünde keine Notwendigkeit zu verhandeln. Denn dann hätten wir schon, was wir uns wünschen“, sagte Parolin. Das Ziel seien „Freiräume für die Kirche, so dass sie ein normales Leben führen kann, das auch in Einheit mit dem Papst ist“. Es sei fundamental, dass „die offizielle Gemeinschaft [der Kirche in China], die der Kontrolle der Regierung unterworfen ist, und die sogenannte Untergrund-Gemeinschaft – die heute jeweils ihre eigenen Wege gehen – vereint sind“. Wir hoffen, ein Abkommen über die Bischofsnennungen zu erreichen, so Parolin. „Und wir hoffen, dass das Abkommen dann respektiert wird. Wir haben den Willen, das zu tun, und wir hoffen, dass die chinesische Regierung auch diesen gleichen Willen hat“ (www.lastampa.it/2018/04/30/vaticaninsider/parolin-a-great-sign-of-hope-for-korea-vuqyEwvhuYvkuoVZRuq6JN/pagina.html).

24. Mai 2018:

Gebetstag für die Kirche in China – Aufruf des Papstes und Pilgerzahlen aus Shanghai

Am 23. Mai sagte Papst Franziskus am Ende der Generalaudienz auf dem Petersplatz: „Morgen, am 24. Mai, wird das jährliche Fest der heiligen Jungfrau Maria ‚Hilfe der Christen‘ gefeiert. Sie wird besonders im Schrein von Sheshan in Shanghai, China, verehrt. Dieser Anlass lädt uns ein, uns spiritueller mit allen katholischen Gläubigen zu vereinen, die in China leben. Lasst uns für sie zu Unserer Lieben Frau beten, dass sie den Glauben mit Großzügigkeit und Frieden leben und dass sie imstande sind, praktische Gesten

der Brüderlichkeit, Harmonie und Versöhnung zu vollführen, in voller Gemeinschaft mit dem Nachfolger Petri. Geliebte Jünger des Herrn in China, die Weltkirche betet mit euch und für euch, so dass ihr trotz Schwierigkeiten euch weiter Gottes Willen anvertrauen möget. Die Muttergottes wird es euch nie an ihrer Hilfe fehlen lassen und euch mit ihrer mütterlichen Liebe schützen.“ – Über 17.400 Pilger vorangemeldeter Pilgergruppen waren laut einer Übersicht auf der Website der Diözese Shanghai für die Wallfahrt zur Marienbasilika auf dem Berg Sheshan zwischen 29. April und 31. Mai angemeldet, die eigene Diözesanwallfahrt am 15. Mai nicht mitgezählt. Die angemeldeten Pilgergruppen kamen fast ausschließlich aus Shanghai und den benachbarten Provinzen Jiangsu und Zhejiang – überregionale Wallfahrten werden von den Behörden häufig unterbunden. Im Vorjahr waren 19.300 Pilger gekommen, darunter deutlich mehr Pilgergruppen aus weiter entfernten Provinzen (w2.vatican.va/content/francesco/en/audiences/2018/documents/papa-francesco_20180523_udienza-generale.html; catholicsh.org 24.05.; vgl. *China heute* 2017, Nr. 2, S. 81).

ca. 1. Junihälfte 2018:

Neue Runde der sino-vatikanischen Gespräche in Rom – Vatikan soll auch Sorgen über Verschärfung der chinesischen Religionspolitik geäußert haben

Laut einer *Reuters*-Meldung des Journalisten Philip Pullella (der im Juni auch Papst Franziskus interviewte) sagten „vatikanische und diplomatische Quellen“ am 15. Juni, dass die vatikanische und die chinesische Delegation sich „in den letzten Tagen“ in Rom getroffen hätten, um über die Frage der Bischofsnennungen zu sprechen. Dabei habe der Vatikan auch seine Sorge über die Verschärfung der Einschränkungen der religiösen Praxis geäußert, darunter die, dass „unbegleiteten Minderjährigen“ (sic) in manchen Regionen der Zutritt zu Kirchen verboten werde. – Dies ist das erste Mal, dass der Vatikan durchsickern ließ, dass er in internen Gesprächen mit Beijing Probleme der Religionsfreiheit in China angesprochen habe. Das letzte Treffen der beiden Delegationen fand im Dezember 2017 in China statt (*Reuters* 15.06.).

20. Juni 2018:

AsiaNews veröffentlicht Passagen aus dem *Reuters*-Interview mit Papst Franziskus – „Dialog ist ein Risiko, aber ich ziehe das Risiko der sicheren Niederlage des Nicht-Miteinander-Redens vor“
AsiaNews veröffentlichte den China betreffenden Auszug aus der Aufzeichnung des von Philip Pullella gehaltenen Interviews mit Papst Franziskus, das demnach zwei

Tage zuvor gehalten worden war und von *Reuters* nicht in dieser Form publiziert wurde. Wir zitieren hier in eigener Übersetzung aus *AsiaNews*:

„F. Wie ist die Annäherung an China?“

A. Wir sind an einem guten Punkt, aber Beziehungen mit China verlaufen auf drei verschiedenen Wegen. Zunächst gibt es den offiziellen Weg, die chinesische Delegation kommt hierher, es gibt ein Treffen, und dann geht die vatikanische Delegation nach China. Die Beziehungen sind gut und es ist uns gelungen, gute Dinge zu tun. Das ist der offizielle Dialog.

Dann gibt es einen zweiten Dialog aller mit allen. ‚Ich bin der Cousin des Ministers soundso, der mir aufgetragen hat zu sagen, dass ...‘, und es gibt immer eine Antwort. ‚Ja, gut, gehen wir vorwärts.‘ Diese Seitenkanäle sind offen, sagen wir, auf einer menschlichen Ebene, und wir wollen sie nicht verbrennen. Wir können guten Willen sehen, sowohl seitens des Heiligen Stuhls als auch seitens der chinesischen Regierung.

Der dritte Weg, der für mich der wichtigste in der Annäherung an China ist, ist kulturell. Einige Priester arbeiten an chinesischen Universitäten. Dann ist da auch die Kultur, wie die Ausstellung, die wir im Vatikan und in China gemacht haben. Das ist der traditionelle Weg, wie der der Großen, wie Matteo Ricci.

Ich denke mir die Beziehungen zu China gerne so, mit vielen Facetten, nicht nur die offiziellen diplomatischen, weil die zwei anderen sehr bereichernd sind. Ich glaube, dass die Dinge gut laufen. In Ihrer Frage haben Sie von zwei Schritten vorwärts und einem zurück gesprochen. Ich glaube, dass die Chinesen den Nobelpreis für Geduld verdienen, weil sie gut [darin] sind, sie können warten, die Zeit gehört ihnen und sie haben Jahrhunderte von Kultur ... Sie sind ein weises Volk, sehr weise. Ich respektiere China sehr.

F. Wie antworten Sie auf Sorgen wie die von Kardinal Zen?

A. Kardinal Zen hat Theologie an patriotischen Seminaren unterrichtet. Ich glaube, er ist etwas verängstigt. Vielleicht spielt das Alter auch eine Rolle. Er ist ein guter Mann. Er kam, um mit mir zu sprechen. Ich habe ihn empfangen, aber er ist etwas verängstigt. Dialog ist ein Risiko, aber ich ziehe das Risiko der sicheren Niederlage des Nicht-Miteinander-Redens vor. Was die Zeit betrifft, hat jemand gesagt, es ist chinesische Zeit. Ich glaube, es ist Gottes Zeit, vorwärts, ruhig.“ (www.asianews.it/news-en/Pope-talks-to-Reuters-about-the-dialogue-with-China-44224.html)

Hongkong

29. Mai 2018:

Hongkong: Appell zur Freilassung von Bischof Cui Tai

Die Kommission für Gerechtigkeit und Frieden der katholischen Kirche in Hongkong hat am 29. Mai ein Statement veröffentlicht, in dem sie die chinesische Regierung zur Freilassung von Bischof Augustinus Cui Tai, Koadjutorbischof von Xuanhua in Hebei, aufruft. Der Bischof gehört der Untergrundkirche an. Der Aufruf wird von Kardinal Joseph Zen unterstützt. Dem Statement zufolge wurde Bischof Cui Mitte April 2018 von Regierungsbeamten an einen unbekannt Ort gebracht. Weiter heißt es in dem Aufruf, dass Bischof Cui in den vergangenen elf Jahren, d.h. seit 2007, quasi ununterbrochen grundlos und ohne Gerichtsprozess in Haft saß oder unter Hausarrest stand. „In dieser Zeit wurde Msgr. Cui oft an geheimen Haftorten gehalten oder in Hotels oder zu ‚Reisen‘ unter der Eskorte von Regierungsbeamten gezwungen.“ Lediglich an chinesischen Feiertagen sei es ihm ab und an erlaubt worden, seine betagte Schwester zu besuchen. In dem Aufruf wird auch eine angemessene medizinische Behandlung für Bischof Cui gefordert, der unter verschiedenen Krankheiten leidet, sowie die Freilassung weiterer inhaftierter Kleriker. Namentlich werden Bischof Su Zhimin und Priester Liu Honggen von Baoding genannt. – Bischof Cui wurde 1950 in Zhangjiakou, Provinz Hebei, geboren, studierte am Untergrundseminar von Baoding und wurde 1990 von Bischof Shi Enxiang von Yixian zum Priester geweiht. 2013 wurde er zum Koadjutorbischof der Diözese Xuanhua geweiht (*Asianews* 30.05.; *UCAN* 30.05.).

23. Juni 2018:

Bischöfe von Hongkong und Macau bei Papst Franziskus

Die Bischöfe Michael Yeung Ming-cheung von Hongkong, sein Weihbischof Joseph Ha Chi-shing OFM sowie Bischof Stephen Lee Bun-sang von Macau kamen am 23. Juni 2018 zu ihrem gemeinsamen Ad-Limina-Besuch bei Papst Franziskus. Es war dies der erste Besuch nach zehn Jahren. In einem Gespräch mit *AsiaNews* nach dem Besuch beim Papst sagte Bischof Yeung, die Position des Vatikans gegenüber China sei klar: „Der Vatikan möchte niemanden vor den Kopf stoßen; er möchte keine falschen Schritte [für die Kirche] unternehmen, gleichzeitig muss er etwas Gutes für die Kirche und die chinesische Gesellschaft tun.“ Man müsse im Gespräch bleiben, diplomatische Beziehungen würden nicht über Nacht

aufgenommen. „Der Papst“, so Bischof Yeung, „hat uns um das Gebet gebeten. Wir möchten für ihn beten, für die Kirche in China und für alle, die ihr Leben für den Glauben in China geopfert haben ...“ (*AsiaNews* 23.06.).

Taiwan

14. Mai 2018:

Ad-Limina-Besuch der Bischöfe Taiwans bei Papst Franziskus

Es war der erste Ad-Limina-Besuch der sieben taiwanischen Bischöfe seit 10 Jahren und somit der erste seit Amtsantritt von Papst Franziskus. Die Delegation wurde von Erzbischof Hung Shan-chuan SVD von Taipei, Vorsitzender der Chinesischen regionalen Bischofskonferenz, geleitet. Weitere Mitglieder waren Erzbischof Liu Cheng-chung von Kaohsiung, Bischof Li Keh-mien von Hsinchu, Bischof Su Yao-wen von Taichung, Bischof Chung An-chu von Chiayi, Bischof Lin Chi-nan von Tainan sowie Bischof Huang Chao-ming von Hualien. – Erzbischof Hung sagte in einem Interview mit *Radio Free Asia* nach seiner Rückkehr aus Rom am 15. Mai, dass er Papst Franziskus seine Sorge über die mögliche Errichtung sino-vatikanischer Beziehungen bekundet habe. Taiwan fühle sich auf der internationalen Bühne verwaist. Er habe dem Papst mitgeteilt, dass der Heilige Stuhl Taiwan nicht als Teil Chinas sehen solle. „Sie können diplomatische Beziehungen aufnehmen, aber die Rechte und Interessen Taiwans sollten nicht geopfert werden“, so Erzbischof Hung. Der Papst solle Taiwan schützen. „Ich habe dem Papst auch gesagt, ‚Bitte lasst uns in keiner Situation zurück.‘ Und der Papst antwortete: ‚Sicher nicht!‘“ Papst Franziskus habe den Bischöfen versichert, dass der Hirte niemals die Herde verlassen werde. Gleichzeitig habe er die Delegation um ihr Gebet für die Katholiken in China gebeten. – Die Bischöfe luden Papst Franziskus zum Eucharistischen Kongress in Taiwan im März nächsten Jahres ein. Bisher hat noch kein Papst Taiwan besucht. Falls der Besuch nicht zustande kommt, hofft Erzbischof Hung auf eine Videobotschaft an die Katholiken Taiwans. – In Taiwan leben 300.000 Katholiken, d.i. 2% der Bevölkerung. Der Vatikan – als einziger in Europa – zählt zu den 18 Staaten weltweit, die diplomatische Beziehungen mit Taiwan unterhalten. Erst im Mai d.J. haben die Dominikanische Republik und Burkina Faso die diplomatischen Beziehungen zu Taiwan abgebrochen und Beziehungen zur Volksrepublik China aufgenommen (*AsiaNews* 11.05.; *Kyodo News* 23.05.; *Taipei Times* 11.05.; *UCAN* 16.,22.05.).

29. Mai 2018:

Apple Daily Taiwan: Buddhistischer Tempel in „Kommunistische Basis“ umgewandelt

Der ehemalige buddhistische Biyun-Tempel im Kreis Changhua auf Taiwan wird seit Chinesisch Neujahr 2017 von Oberst i.R. Wei Mingren als eine Stätte der Huldigung des chinesischen Kommunismus und seiner Führer genutzt. Oberst i.R. Wei diente in seiner militärischen Laufbahn in der chinesischen Volksbefreiungsarmee. Er erwarb diesen verlassenen buddhistischen Tempel und wandelte ihn in eine „Basis des Kommunismus und Sozialismus“ um, so berichtet *Taiwan News*. Oberst i.R. Wei tritt öffentlich in seiner alten Armeeuniform auf und meint, es sei nur natürlich „in China“, wovon Taiwan ein Teil sei, den Tag mit einem Fahnenappell und dem Singen der volksrepublikanischen chinesischen Hymne zu beginnen. – Zwei Gruppen protestieren nun immer stärker gegen diese Form der Nutzung. Die erste ist eine Gruppe von buddhistischen Nonnen mit Hilfe von zwei Lokalpolitikern. Wie von *Apple Daily Taiwan* berichtet wurde, haben Su Huanzhi, ein Kandidat für das Bürgermeisteramt von Taipei, und Hsu Shuwei, Mitglied des Kreisrats von Changhua, in Begleitung einer Gruppe Nonnen bei den lokalen Behörden in Changhua eine Beschwerde gegen die „Beleidigung des Buddhismus“ durch eine derartige Nutzung für kommunistische Propaganda eingereicht. – Ebenfalls protestiert die politische Gruppe „Taiwan Guo“ (übers.: ‚der Staat Taiwan‘) lautstark vor dem ehemaligen Tempel. Diese Gruppe, wie der Name verrät, setzt sich dafür ein, dass Taiwan als eigenständiger Staat wahrgenommen wird. Für sie sind das Hissen der Nationalflagge der Volksrepublik China, und das Singen der chinesischen Nationalhymne, des „Marsches der Freiwilligen“, ein Affront gegen die „staatliche Souveränität“ Taiwans. Sie protestierten mehrfach vor dem Tempelgelände, zuletzt, wie von *Liberty Times News* berichtet, wurde unter der Präsenz von 60 Polizisten, die sicherstellten, dass es zu keinen körperlichen Auseinandersetzungen zwischen einer größeren Gruppe von Anhängern von „Taiwan Guo“ und Oberst i.R. Wei und seinen Anhängern kommen werde (*Apple Daily Taiwan* 29.05.; *Chinatimes* 2.01.2017; *Liberty Times News* 8.06.;).

Katharina Wenzel-Teuber
Katharina Feith
Isabel Hess-Friemann
Jan Kwee
Gregor Weimar

Alle Quellenangaben in der Chronik beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, auf das Jahr 2018.